



Hanns Seidel

HANNS SEIDEL AUFBRUCH IN EINE NEUE ZEIT

Stephan Deutinger, Renate Höpfinger

Hanns Seidel Aufbruch in eine neue Zeit

Stephan Deutinger, Renate Höpfinger



Vorwort	6	Inhalt
Hanns Seidel – Ein Lebensbild		
von Stephan Deutinger	9	
1 Herkunft und Bildungsgang	9	
2 Studium und Etablierung als Rechtsanwalt	10	
3 Erste Schritte in der Politik und Aufstieg innerhalb der CSU	13	
4 Wirtschaftsminister in schwerer Zeit	16	
5 Oppositionsführer und Vorsitzender der CSU	20	
6 An der Spitze des bayerischen Staates	23	
7 Krankheit und früher Tod	27	
Biographische Zeittafel		
von Renate Höpfinger	30	
Veröffentlichungen Hanns Seidels (Auswahl)	45	
Ausgewählte Literatur zu Leben und Wirken Hanns Seidels	46	



Markus Ferber, MdEP
Vorsitzender

„Wer war eigentlich Hanns Seidel?“

Wann immer uns diese Frage im In- und Ausland begegnet, nutzen wir die Gelegenheit, diese prägende Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte international noch bekannter zu machen. Wert ist sie es in vielerlei Hinsicht. So lassen Stephan Deutingers Sätze die keineswegs alltägliche Rasanz der politischen Karriere Hanns Seidels aufscheinen, die der Historiker an den Beginn seines nachstehenden Beitrags gestellt hat:

„Der kurz nach der Jahrhundertwende geborene Rechtsanwalt, der bis 1945 nie ein öffentliches Amt oder Mandat bekleidet hatte, rückte nach dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reiches‘ binnen zweier Jahre [...] zum Mitglied der bayerischen Staatsregierung als Wirtschaftsminister auf. Nachdem er sieben Jahre erfolgreich in diesem Amt gewirkt hatte, wählte ihn die wichtigste politische Kraft in Bayern, die Christlich-Soziale Union, zu ihrem Vorsitzenden. Nach weiteren drei Jahren intensiver Oppositionsarbeit übernahm Seidel das höchste im Freistaat zu vergebende Amt, indem ihn der Landtag 1957 zum Ministerpräsidenten bestimmte.“

Willensstärke, Sachorientierung, intellektuelle Überlegenheit und Distanz waren die Charakteristika seines öffentlichen Wirkens. Hanns Seidel, der nicht nur zu führen verstand, sondern sich als bekennender Christ auch selbst geführt wusste, stellte seine Kraft mit Umsicht und Leidenschaft in den Dienst seines Landes, bis ihn sein Gesundheitszustand 1960 zwang, dieses „schönste Amt der Welt“ (Franz Josef Strauß) und ein Jahr später auch den Parteivorsitz wieder abzugeben. Wir verdanken dieser durch Krankheit erzwungenen Ruhepause seine drei bis heute lesenswerten Bücher, in denen er seine grundsätzlichen Überlegungen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen niedergeschrieben hat. Zumindest das ist ein kleiner Trost.

Die der Christlich-Sozialen Union nahestehende Politische Stiftung trägt mit Recht seit ihrer Gründung 1967 den Namen Hanns Seidels. Vielfältige Gründe für diese Entscheidung und ihre bleibende Richtigkeit sind seitdem immer wieder genannt worden. An dieser Stelle seien zwei davon kurz ins Gedächtnis gerufen:

Hanns Seidel hatte seit seinen Schultagen den humanistischen Bildungsgedanken mit seiner Idee der selbstverantwortlichen, umfassenden Persönlichkeitsformung durch fortwährendes eigenes Streben tief verinnerlicht. Dieser Grundgedanke konkretisierte sich für ihn nach seinen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat und geprägt durch seinen eigenen beruflichen Werdegang in der jungen Bundesrepublik Deutschland dann besonders auf den Bereich der politischen Bildung. So bekannte er 1956 im Bayerischen Landtag:

„Wer die politische Wirklichkeit aufmerksam betrachtet kann nicht übersehen, dass die Idee eines freiheitlichen politischen Systems keineswegs als ein fester Erlebniswert im Bewusstsein unseres Volkes lebendig und wirksam ist. Gewiss sind Fortschritte gemacht worden, aber schon die Tatsache, dass wir gezwungen sind, uns immer mehr [...] mit den Angriffen von rechts und links gegen dieses System zu beschäftigen, muss uns beweisen, wie sehr wir noch von politischer Bildung entfernt sind.“

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als schlüssig, dass eine Politische Stiftung, zu deren Kernauftrag die politische Bildung gehört und als deren „permanente und eigentliche Aufgabe“ Bundespräsident Roman Herzog später „die Erziehung zur Demokratie“ bezeichnen sollte, heute den Namen Hanns Seidels trägt.

Damit ist bereits ein zweiter Punkt angeklungen, denn Hanns Seidel hat eben nicht nur in seinem konkreten Fachgebiet, der Wirtschaftspolitik, für den Freistaat Bayern Zukunftsweisendes geleistet. Wie wenige seiner Weggefährten hat der christsoziale Denker der ersten Stunde immer wieder auch grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Weltanschauung, Wertbindung, Moral und politischem Handeln angestellt. Die Frage nach einer ethischen Fundierung der Politik ließ ihn zeitlebens nicht los.

Persönlich lag dieses Fundament für Hanns Seidel festgegründet in seinem christlichen Glauben katholischer Prägung. Dieser war ihm Richtschnur für alle wesentlichen Probleme der politischen Ethik. Dieser machte ihn zu einem Politiker, für den Toleranz nicht nur Duldung, sondern Achtung vor dem anderen war. Dieser ließ ihn unpräntiös und ehrlich seinem eigenen Idealbild eines „Politikers aus christlicher Verantwortung“ nahekommen, das er seiner christlichen Volkspartei 1960 folgendermaßen ins Stammbuch geschrieben hatte:

„Die Glaubwürdigkeit und die Rechtfertigung einer solchen Partei hängt davon ab, ob in ihr ein unerschütterlicher Kern von Menschen tätig ist, der in der Politik nicht nur eine Gelegenheit zur Ausübung der Macht sieht, sondern der von der Überzeugung durchdrungen ist, dass es keine Diskrepanz zwischen Weltanschauung und politischem Handeln geben darf, dass vielmehr Politik ein Auftrag ist, dessen Vollzug am Ende der Tage verantwortet werden muss. Je größer und zuverlässiger dieser Kern ist, desto weiter kann der Bogen gespannt werden, unter dem Menschen der verschiedensten Herkunft ihre politische Heimat finden können.“

Von der Notwendigkeit der normativen Bindungen politischen Handelns war Hanns Seidel tief überzeugt. Er glaubte an die Überzeugungskraft rationaler Argumente in der politischen

Auseinandersetzung. Und trotz seiner engen Bindung an Prinzipien war er kein Doktrinär, sondern ein weitsichtiger und erfolgreicher Mann der politischen Praxis.

Einer Politischen Stiftung, die in Bayern, Deutschland und Europa Wissen und Werte vermittelt, die ihre weltweite Arbeit für Demokratie, Frieden und Entwicklung in ihrer Satzung explizit auf „christlicher Grundlage“ verortet und sich zum „christlichen Menschenbild“ als Orientierungsmaßstab bekennt, steht dieser Namenspatron auch in ihrem sechsten Lebensjahrzehnt gut an.

Die Hanns-Seidel-Stiftung trägt seinen Namen heute in über 70 Ländern dieser Erde. Im 120. Jahr seines Geburtstages und in seinem 60. Todesjahr will diese Broschüre, die zehn Jahre nach ihrem ersten Erscheinen nun in einer leicht überarbeiteten Neufassung vorgelegt wird, einen Beitrag dazu leisten, Persönlichkeit und Gedankenwelt Hanns Seidels erneut in Erinnerung zu rufen, und auf die eingangs gestellte Frage „Wer war eigentlich Hanns Seidel?“ eine bündige Antwort geben.

Markus Ferber, MdEP
Vorsitzender

Mit dem Namen Hanns Seidel verbindet sich eine der bemerkenswertesten politischen Karrieren in der bayerischen Nachkriegsgeschichte. Der kurz nach der Jahrhundertwende geborene Rechtsanwalt, der bis 1945 nie ein öffentliches Amt oder Mandat bekleidet hatte, rückte nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ binnen zweier Jahre über die Funktionen eines Landrats und Landtagsabgeordneten zum Mitglied der bayerischen Staatsregierung als Wirtschaftsminister auf. Nachdem er sieben Jahre erfolgreich in diesem Amt gewirkt hatte, wählte ihn die wichtigste politische Kraft in Bayern, die Christlich-Soziale Union, zu ihrem Vorsitzenden. Nach weiteren drei Jahren intensiver Oppositionsarbeit übernahm Seidel das höchste im Freistaat zu vergebende Amt, indem ihn der Landtag 1957 zum Ministerpräsidenten bestimmte.

Die Karriere als Politiker war Seidel alles andere als vorgezeichnet. Er verdankte sie weder Herkunft noch begünstigenden äußeren Umständen. Ganz im Gegenteil. Seidels Kindheit und Jugend spielte sich vor bedrückenden materiellen Verhältnissen ab. Am 12. Oktober 1901 geboren und auf den Namen Franz Wendelin getauft, bald aber stets „Hanns“ gerufen, verlor er seinen Vater, den kaufmännischen Angestellten Johann Seidel, bereits im Alter von sieben Jahren; seine Mutter Christine sah sich mit noch fünf weiteren unversorgten Kindern zurückgelassen. Schon von daher verbietet sich also die Vorstellung eines ländlichen Idylls bei der Nennung von Seidels Geburtsgemeinde, dem 3 000-Seelen-Dorf Schweinheim, im unteren Maintal hart am Aschaffenburg Stadtstrand vor den Abhängen des Spessarts gelegen. Seidels Heimatort erlebte in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg grundlegende Umbrüche. Die Lage im städtischen Einzugsbereich unmittelbar vor den Toren Aschaffenburgs, wo Gewerbe und Fabriken stark expandierten, brachte zahlreiche rasche Veränderungen mit sich. Die Einwohnerzahl hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahezu verdoppelt. Die dörfliche Infrastruktur konnte mit dieser Entwicklung kaum Schritt halten. 1894/95 brach man die alte barocke Kirche ab und errichtete an ihrer Stelle ein größeres Gotteshaus im neugotischen Stil. 1901 musste der Friedhof erweitert werden. 1903/04 wurde ein neues Schulhaus mit vier Klassenzimmern, 1907 eine Mädchenschule errichtet. Im gleichen Jahr erhielt der Ort Anschluss an die zentrale Wasserversorgung. Das Dorf wandelte sich zunehmend zur Arbeiterwohnsiedlung, wozu auch beitrug, dass sich in Schweinheim selbst industrielle Großbetriebe ansiedelten. 1939 – mittlerweile war die 5 000-Einwohner-Grenze erreicht – wurde Schweinheim nach Aschaffenburg eingemeindet.

Die Familie Seidel war katholisch wie die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Raum Aschaffenburg – langfristig wirksames Erbe seiner historischen Zugehörigkeit zum Mainzer

Hanns Seidel – Ein Lebensbild

Stephan Deutinger

1 Herkunft und Bildungsgang



Aufnahme von Schweinheim mit Blick auf die Marienkirche um 1900 (Foto Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg)



Blick in die Aschaffener Pfaffengasse mit dem Humanistischen Gymnasium um 1925
(Foto C. Samhaber: Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg)

Erzstift, aus dem es 1814 an das Königreich Bayern übergegangen war. So verbrachte Seidel seine ersten Gymnasialjahre im Zuge eines im katholischen Milieu typischen Bildungsganges von 1910 bis 1914 zunächst – räumlich entfernt vom heimatischen Umfeld – in klösterlicher Obhut. In St. Ludwig, einem einsam unmittelbar am Main gelegenen ehemaligen Heilbad nördlich von Volkach, das mit Kirche und Nebengebäuden zu einer ansehnlichen Klosteranlage erweitert worden war, betrieben die Missionsbenediktiner seit 1901 ein Studienseminar; von dort aus wurde 1913/14 das nahe gelegene Kloster Münsterschwarzach wiederbesiedelt. 1914 wechselte Seidel an das Königliche Humanistische Gymnasium in Aschaffenburg (heute Kronberg-Gymnasium), eine altherwürdige Lehranstalt in der Tradition einer seit 1620 von den Jesuiten geführten höheren Schule. Das barocke Portal in der Pfaffengasse mit dem Wappen des Mainzer Kurfürsten Lothar Franz von Schönborn hatte zwei Generationen zuvor auch ein anderer täglich durchschritten, der es in München zu großem Ansehen brachte: der Nationalökonom und Sozialpolitiker Lujo Brentano (1844–1931), zuletzt Professor an der Münchner

Universität, wurde im gleichen Jahr emeritiert, in dem Seidel das Aschaffener Gymnasium bezog. 1921 legte Seidel dort das Abitur ab. Seiner Schule blieb Seidel stets verbunden. Noch als Minister im Jahr 1950 übernahm er das Prorektorat über das Studiengenossenfest „seines“ Gymnasiums.

Versucht man, die entscheidenden Prägungen aus Seidels Kindheit und Jugend zusammenzufassen, die sein späteres Denken und Handeln zu leiten scheinen, so dürfen sicher nicht fehlen die klare weltanschauliche Bindung durch das katholische Bekenntnis bei gleichzeitiger geographisch-sozialer Orientierung über die Landesgrenzen hinaus an den Rhein und ins Hessische hinüber als historisch-politische Vorgaben des Heimatraumes, dann aus eigenem Erleben heraus das Verständnis für soziale Not und Probleme der Arbeiterschaft, gekoppelt mit der Einsicht in die Ambivalenzen von Industrialisierung und Modernisierung, und schließlich und nicht zuletzt der tief aufgenommenen humanistischen Bildungsgedanke mit seiner Idee der selbstverantwortlichen, umfassenden Persönlichkeitsformung durch fortwährendes eigenes Streben.

Die Studienzeit Seidels nahm die Jahre von 1921 bis 1925 ein. Er studierte vorwiegend in Würzburg, mit jeweils einem Semester in Freiburg und Jena. Die äußeren Bedingungen für das Studium waren dabei alles andere als günstig. Bedingt durch die familiären

Verhältnisse musste Seidel seinen Unterhalt weitgehend selbst bestreiten, als Nachhilfelehrer, Zigarettenverkäufer und in den Semesterferien sogar als Hauer in einem westfälischen Bergwerk. Auch an der Universität Würzburg selbst waren die Verhältnisse in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg schwierig. Die bekannte, aber an sich kleine Universität war stark überlaufen, da eine ganze Studentengeneration aus dem Krieg an die Universität zurückkehrte, um ihre unterbrochenen Studien abzuschließen. Im Sommersemester 1921 kulminierte die Studentenzahl in Würzburg bei 3 787 Immatrikulierten, im Vergleich zum Vorkriegsstand bedeutete dies mehr als eine Verdopplung. Gegenüber den gereiften Kriegsteilnehmern befanden sich die jüngeren Nachrücker in der Studentenschaft in psychologisch schwieriger Situation, da die allgemeine BerufsanGST zu Polarisierungen zwischen diesen Gruppen führte. Die große Studentenzahl hatte auch eine schwindende Disziplin am Studienort zur Folge; Sachbeschädigungen und Diebstähle häuften sich jetzt auch in der Universität.

Bezeichnung der Hochschule: Universität Würzburg		Vor- und Zuname des Studierenden: jun. Seidel		Angabe der Hörgeuldpflicht (ob frei, 1/2, 2/3, 3/4, oder ganz): frei	
Sommer- — Winter- Halbjahr 1921/22					
Bezeichnung der Vorlesungen im vollständigen Wortlaut	Zahl der wöchentl. Stunden	Namen der Hochschullehrer	Betrag		Empfangsbestätigung
			RM.	g.	
Allgemeine Gebühr:					
Historische Geographie, Allg. Geogr.		Dr. Lehmann			25. 11. 21 Groszay
Finanzwissenschaft		" "			
B. G. B. Allgemeines Teil		" Jauer			
B. G. B. Recht d. Güterverhältnisse		" Meiß			
Regulierungslehre		" Bräuer			
Recht d. Vermögensgegenstände		" Meurer			
Recht d. Anwartschaften		" Pilaty			
deutsche Rechtsgeschichte u. Institutionen		" Mayer			
deutsche Rechtsgeschichte		" "			
deutsche Rechtsgeschichte u. Institutionen		" "			
Für jedes Halbjahr soll eine Seite verwendet werden.					

Auszug aus dem Studienbuch der Universität Würzburg vom Wintersemester 1921/22
(ACSP, NL Seidel Hanns: 96)

Seidel widmete sich dem gleichen Fach wie die Mehrzahl seiner Kommilitonen. Der Ansturm der Studenten galt in jenen Jahren in erster Linie der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, an der damals beinahe die Hälfte von ihnen studierte. Attraktive Hochschullehrerpersönlichkeiten werden zu dieser Entwicklung nicht wenig beigetragen haben. Die Fakultät zählte zu den ihren

2 Studium und Etablierung als Rechtsanwalt

beispielsweise den Staatsrechtler Robert Piloty (1863–1926), der die bayerische Verfassung von 1919 maßgeblich mitformulierte und eine wichtige Rolle im Würzburger Gesellschaftsleben spielte. Die Würzburger Juristen zeigten insgesamt hohes Interesse für politische Fragen. Das Angebot an juristischen Lehrveranstaltungen spiegelt denn auch eine starke Aufgeschlossenheit gegenüber den Gegenwartsfragen wider. Aktuelle staats- und völkerrechtliche Probleme, wie etwa der Versailler Vertrag, wurden durchaus thematisiert.

Das Korporationswesen in Würzburg stand infolge der großen Studentenzahlen in reicher Blüte. Seidel schloss sich der katholischen Studentenverbindung Normannia an, die seit 1920 dem Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands (KV) angehörte. Der 1876 gegründeten, nichtfarbentragenden Gemeinschaft mit dem Wahlspruch „Deo et amico!“ strömten vor dem Ersten Weltkrieg vor allem Theologiestudenten aus Ober- und Unterfranken, aus der Pfalz und aus Baden zu. In den 1920er Jahren entwickelte sich die Normannia zur größten Verbindung Würzburgs; bedeutende Politiker und Kirchenmänner gehörten ihr an, so die späteren Kardinäle Michael Faulhaber und Julius Döpfner.

Im November 1925 legte Seidel in Würzburg das erste juristische Staatsexamen ab. Nach seiner Referendarzeit in Aschaffenburg bestand er drei Jahre später in Würzburg die Große Staatsprüfung, das „Staatsexamen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst“. Im April 1929 erhielt er die Zulassung als Rechtsanwalt am Landgericht Aschaffenburg. Im gleichen Jahr wurde er von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg mit einer zeittypisch schmalen, beim Strafrechtslehrer Professor Friedrich Oetker angefertigten Dissertation über „Die Bedeutung der Ausschließung des Richters in der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ promoviert. Mit dem Aufbau einer Anwaltskanzlei in Aschaffenburg hatte sich Seidel durch eigene Anstrengung und Arbeit bis in die oberste Schicht der städtischen Gesellschaft emporgearbeitet. In dieses Bild fügte es sich, dass er in dem für ihn ereignisreichen Jahr 1929 auch seine Frau Ilse, geborene Tenter, die Tochter eines Direktors der Aschaffener Zellstoffwerke, eines der größten Industrieunternehmen am Ort, vor den Traualtar führen konnte. Aus dieser Ehe sollten zwei Söhne, Hans Joachim Georg (1931) und Christian Friedrich (1935) hervorgehen.

Die zunehmende politische Polarisierung seit Beginn der dreißiger Jahre bewegte wohl auch Seidel, sich aktiv in der Politik zu engagieren. 1930 fiel er zum ersten Mal auf, als er in einer Versammlung der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes energisch das Wort gegen die Nationalsozialisten ergriff. 1932 trat Seidel in die Bayerische Volkspartei (BVP) ein, die die ganzen zwanziger Jahre über bei Stadtrats-, Landtags- und Reichstagswahlen in Aschaffenburg für sich die mit Abstand höchsten Stimmanteile von allen angetretenen Parteien verbuchen hatte

können. Im Frühjahr 1933 kandidierte er für den Aschaffener Stadtrat, mit guter Erfolgsaussicht, denn noch bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 hatten die demokratischen Parteien in Aschaffenburg mit großem Abstand die Mehrheit gegenüber der NSDAP behaupten können. Doch da nach der Machtübernahme in Bayern auch der Aschaffener Stadtrat gleichgeschaltet wurde, blieb Seidel, gegen den sich gezielte persönliche Angriffe von Seiten der NSDAP richteten, ohne Mandat. In seiner Eigenschaft als Syndikus des örtlichen Einzelhandelsverbandes hatte er sich für dessen zahlreiche jüdische Mitglieder eingesetzt und musste deshalb zusammen mit zwei anderen Funktionären selbst aus dieser Funktion ausscheiden. Weil er sich mehrfach als Gegner der NSDAP exponiert hatte, geriet Seidel ins Spürnetz der Gestapo, wurde bei der bayernweiten Aktion gegen die Funktionäre der BVP im Juni 1933 vorübergehend verhaftet und konnte sich der Einlieferung in das Konzentrationslager nur durch die Flucht zu seinen Schwiegereltern in das damals litauische Memel entziehen.

Nach seiner Rückkehr wurde Seidel durch Julius Streichers NS-Hetzblatt „Der Stürmer“ als undeutscher Judenfreund öffentlich angeprangert. Um seine Anwaltspraxis und damit den Lebensunterhalt für seine Familie zu retten, mied er fortan die direkte Konfrontation und entschloss sich als Minimalzugeständnis an das Regime lediglich zum Beitritt zu den nationalsozialistischen Organisationen NS-Rechtswahrerbund, NS-Volkswohlfahrt und Reichsluftschutzbund. Im Herbst 1940 wurde Seidel zur Wehrmacht eingezogen. Als Angehöriger und bald Offizier einer Panzerdivision erlebte er den Russlandfeldzug buchstäblich an vorderster Front, erhielt auch das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Bis zuletzt an der Ostfront eingesetzt, wurde er dort Zeuge des Zusammenbruchs der Wehrmacht und des Dritten Reiches.

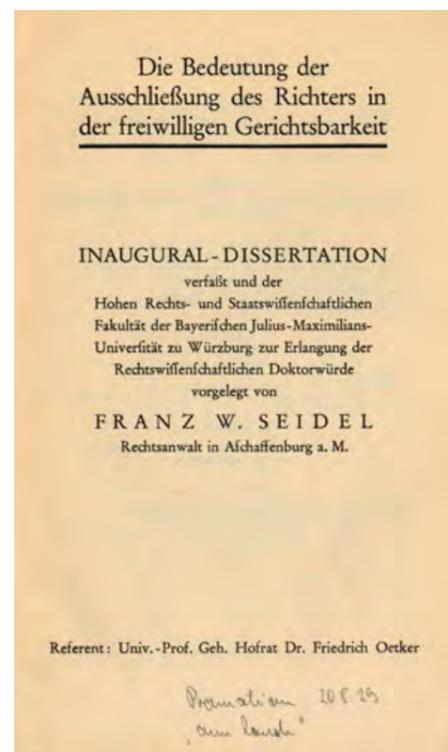
Aus kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft kehrte Seidel Anfang Juni 1945 in seine vom Krieg schwer mitgenommene Heimatstadt zurück. Bombenabwürfe seit Herbst 1944 und massiver Artilleriebeschuss in der Karwoche 1945 hatten aus der Stadt ein Feld der Verwüstung gemacht. Vom Umfang des zerstörten Wohnraums her war Aschaffenburg nach Würzburg und Nürnberg die meistzerstörte Stadt Bayerns.

Mit der Bewältigung des Neubeginns hatte die amerikanische Militärregierung in den Führungspositionen vor allem politisch nicht belastete Vertreter vorzugsweise der SPD beauftragt. Im April 1945 war der SPD-Politiker und Druckereibesitzer Jean Stock zum Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg und Landrat der Landkreise Aschaffenburg und Alzenau bestellt worden. Die ehemaligen BVP-Leute gruppierten sich währenddessen um den Regierungspräsidenten von Unterfranken, Adam Stegerwald, dessen schon in den zwanziger Jahren formulierter Gedanke einer

Titelblatt der gedruckten Dissertation

Hanns Seidels vom 20.8.1929

(ACSP, NL Seidel Hanns: 96)



3 Erste Schritte in der Politik und Aufstieg innerhalb der CSU



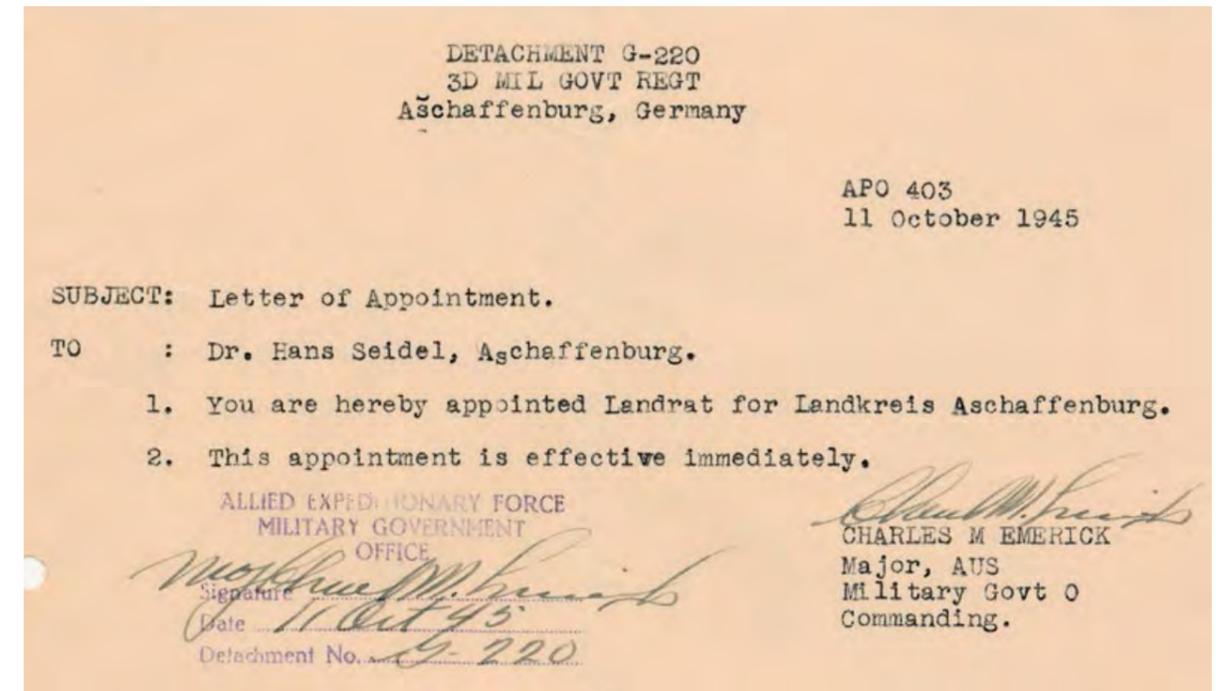
Aschaffenburg im Jahr 1945, Blick von der Stiftskirche in die zerstörte Pfaffengasse, im Hintergrund das Schloss (Foto Walter Rahrbach: Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg)



Plakat der CSU zur Kommunalwahl 1946 (ACSP, Pl S: 4463)

überkonfessionellen „Union“ nun in die Tat umgesetzt wurde. Verlässt man sich auf die Erinnerungen des christlichen Gewerkschafters und Mitbegründers der CSU in Aschaffenburg, Hugo Karpf, dann war er es, der den zögernden Seidel für das Amt des Landrats vorschlug, da er sich selbst als gelernter Handwerker die Verwaltungstätigkeit nicht zutraute. Mit der Übernahme des Landratspostens durch einen Unionsmann sollte der Einfluss der SPD auf die Bürgermeister in der Region zurückgedrängt werden. „Seidel stach rasch Stock elegant aus“ – wie Karpf formulierte – und wurde am 25. Oktober 1945 von den Amerikanern zum Landrat des Landkreises Aschaffenburg ernannt. Seidel gelang es insbesondere, ein tragfähiges, konstruktives Verhältnis zur amerikanischen Militärregierung aufzubauen. Daneben engagierte er sich für eine verstärkte Kooperation der unterfränkischen Landkreise, die sich als erste in Bayern zu einer Arbeitsgemeinschaft „Landkreisverband Unterfranken“ zusammenschlossen, und knüpfte dabei auch Kontakte über die Landesgrenze hinweg nach Hessen. Nach der Kreistagswahl vom 28. April 1946, bei der die CSU 28 von 45 Kreisräten stellen konnte, wurde er denn auch in demokratischer Abstimmung in seinem Amt bestätigt.

Zusammen mit Karpf wurde Seidel im Juni 1946 für Aschaffenburg in die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt, die von Juli bis September jeweils in München tagte und über die künftige bayerische Verfassung beraten sollte. In den Sitzungen der CSU-



Schreiben der US-Militärregierung anlässlich der Ernennung von Hanns Seidel zum Landrat vom 11. 10. 1945 (ACSP, NL Seidel Hanns: 26)

Fraktion bezog Seidel dabei jeweils deutlich Position, besonders in der heftig geführten Diskussion um das geplante Amt eines bayerischen Staatspräsidenten. Der liberale Flügel der CSU um Josef Müller stand gegen die konservative Gruppe um Alois Hundhammer, die in dieser Frage mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoegner an einem Strang zog. Seidel gehörte zu jenen, die den Gedanken eines mit umfassenden Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten im mangelnden Vertrauen in Demokratie und Parlament begründet sahen und sparte nicht mit scharfen Worten gegen dessen Befürworter, denen er vorwarf, sie bräuchten eine solche Institution, „um ihre Untertanengefühle abzureagieren“.

Nach Karpf war es wiederum er, der Seidel bei den ersten bayerischen Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 zu dem für die CSU sicheren Wahlkreis Obernburg-Miltenberg verhalf; eine Kandidatur in Aschaffenburg, die er für wenig aussichtsreich hielt, hatte Seidel abgelehnt. In Obernburg errang er auf Anhieb 68,9 Prozent der Stimmen und festigte mit diesem ausgezeichneten Ergebnis – landesweit war die CSU nur auf 52,3 Prozent gekommen – seine innerparteiliche Stellung weiter; bis zum Jahr 1961 war Seidel durchgehend für den weit über dem Landesdurchschnitt industrialisierten Stimmkreis Obernburg-Miltenberg Landtagsabgeordneter.

Auf der Landesversammlung der CSU in Eichstätt am 14. und 15. Dezember 1946 war es Seidel, der den Delegierten die endgültige Schiedsordnung, die sich die CSU gab, nahebrachte, ihre grundsätzliche Bedeutung erläuterte und ihre Instanzen und Funktionsweise darlegte. Bereits damals wurde Seidel als ministrabel gehandelt, trat auch schon außerhalb Bayerns für die CSU in Aktion.



Plakat für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung in Würzburg 1946 (Stadtarchiv Würzburg/ACSP, Pl Se: 46)



**Auf Firmenbesichtigung im Stimmkreis –
Wirtschaftsminister Hanns Seidel bei den
Glanzstoffwerken in Obernburg am 25.6.1953**
(Foto Holtmann/Stuttgart: ACSP, NL Seidel Hanns: 64)

Für die CSU wurde er in die im August 1946 konstituierte „Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands“, bis 1950 „das organisatorische Bindeglied zwischen den Zonen- und Landesverbänden der Unionsparteien in Deutschland“ (Brigitte Kaff), entsandt, gehörte auch ihrem Wirtschaftspolitischen Ausschuss an, wenn er auch offenbar nur einmal, am 5./6. Februar 1947 in Königstein, an einer Sitzung teilnahm. Als die Spannungen zwischen den beiden Lagern der Union in Bayern im Sommer 1947 kulminierten, scharte Seidel die Anhänger des Parteivorsitzenden Josef Müller um sich und legte ihnen im Hinblick auf die geplante außerordentliche Landesversammlung in Eichstätt dar, es dürfe auf keinen Fall in der Parteiführung eine Änderung

eintreten, weil sonst das gesamte überkonfessionelle Konzept der Union und damit ihr politischer Erfolg in Frage gestellt würde. Auf der Versammlung im August 1947 schlug Müller dann Seidel, der „auch ein ruhiger Mann“ sei, als (für Hans Ehard) stellvertretendes Mitglied des Ältestenrates der Union vor.

4 Wirtschaftsminister in schwerer Zeit

Als Ministerpräsident Hans Ehard auf Drängen von Müller im Herbst 1947 sein Kabinett umbildete, rückte Seidel in das höchste politische Führungsgremium Bayerns ein. Am 20. September 1947 wurde er zum Staatsminister für Wirtschaft ernannt. In seiner Berichterstattung zählte ihn damals der SPIEGEL etwas abschätzig zu den „wenig profilierten Köpfen“, die jetzt in das Kabinett Ehard einträten, kolportierte jedoch zugleich, Seidel gelte „als der kommende Mann der Union“. Diese beiden Einschätzungen widersprachen sich nur auf den ersten Blick. In der Tat war Seidel bis zu diesem Zeitpunkt einer überregionalen Öffentlichkeit noch wenig bekannt. Innerparteilich war Seidel jedoch, mit tatkräftiger Unterstützung Müllers, zu dessen Anhängerschaft er gezählt



**Die Vertreter des Bayerischen Kabinetts bei der
Fronleichnamprozession 1948 in München mit
(1. Reihe von links nach rechts) Kultusminister Alois
Hundhammer, Innenminister Willi Anker Müller,
Ministerpräsident Hans Ehard, Justizminister Josef
Müller, Arbeitsminister Heinrich Krehle, dahinter
Verkehrsstaatssekretär Lorenz Sedlmayr und Innen-
staatssekretär Josef Schwalber**
(ACSP, NL Müller Josef: Ph 8/1)

wurde, und anderer erfahrenerer Parteifreunde, immer mehr hervorgetreten. In den Gremien der Partei hatte er immer wieder mit klaren Positionen das Wort zu grundsätzlichen Problemen ergriffen und dabei durch saubere Analysen der politischen Lage und reflektiertes Bewusstsein über die Art und Weise der Durchsetzbarkeit politischer Ziele beeindruckt.

Angesichts der wirtschaftlichen Notlage und der alltäglichen Versorgungsschwierigkeiten war das Amt des Wirtschaftsministers damals alles andere als dankbar. Zwei Schwerpunkte der Tätigkeit waren in den Jahren vor der Gründung der Bundesrepublik gleichsam vorgegeben: zum einen in der bayerischen Binnensicht das Management des ökonomischen Mangels in allen Bereichen, zum anderen die Behauptung der spezifischen Interessen des Freistaats nach außen im Kreis der Länder und gegenüber der zentralen Verwaltung für Wirtschaft. Umgeben von einem kleinen Stab kompetenter Berater, stieß Seidel mit seiner Arbeit in beiden Bereichen auf große Anerkennung. Im Kabinett profilierte er sich rasch als selbständig urteilende Kraft, die gegenüber Ministerpräsident Ehard das offene Wort nicht scheute und ihm Versäumnisse der Staatsregierung, etwa im Bereich der Pressearbeit, immer wieder vor Augen stellte. Seidel selbst verstand es glänzend, der Parteibasis, aber auch der Öffentlichkeit die großen wirtschaftlichen Probleme und die Gründe für die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten Konsumgütern sachgerecht darzulegen und die von der Staatsregierung eingeleiteten Gegenmaßnahmen als ausreichend zu erweisen. Im März 1949 wurde Seidel bereits, freilich neben etlichen anderen, als möglicher Nachfolger Müllers im Amt des Parteivorsitzenden gehandelt; aus Loyalität zu Müller dachte er freilich gar nicht daran, gegen ihn zu kandidieren.

Auch auf der föderalistischen Bühne agierte Seidel erfolgreich. Von Februar 1948 bis August 1949 vertrat er zusammen mit Ministerpräsident Hans Ehard Bayern im Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und wehrte sich dort als Anwalt der Länder erfolgreich dagegen, dass diesen alle Lasten und politischen Fehler überwältigt wurden. Mehrfach begleitete er Ehard in dieser Zeit auch zu Ministerpräsidentenkonferenzen in Wiesbaden, Frankfurt und Düsseldorf. Auch hier vermerkten Beobachter anerkennend seine Sachkompetenz. Einen weiteren Beleg für die überregionale Resonanz seiner Arbeit stellt die Seidel wiederholt gebotene Möglichkeit dar, von der Landespolitik in die Bundespolitik überzuwechseln. Er lehnte dies jedoch sowohl ab, als er am Beginn des Jahres 1948 in der Diskussion um die Besetzung des Postens des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft als Kandidat ins Spiel gebracht wurde, und verzichtete von sich aus darauf, sich zur Wahl zu stellen. Gleichmaßen widerstand er im Frühjahr 1950 dem nachdrücklichen Drängen von Bundeskanzler Adenauer,

**Hanns Seidel und Ministerpräsident Hans Ehard
bei den Bayreuther Festspielen 1951**
(ACSP, NL Seidel Hanns: 63/2)





Hanns Seidel und Konrad Adenauer während des CDU-Parteitags am 28. 4. 1956 in Stuttgart (Foto fpa Bilderdienst Frankfurt: ACSP, Ph P: Seidel Hanns 1/4)

der ihn gerne als seinen Staatssekretär im Bundeskanzleramt – eine Stellung, die Adenauer als „schlechthin entscheidend [...] für den Erfolg der Bundesregierung“ bezeichnete – gesehen hätte. Nur zwei Mal strebte Seidel von sich aus aus Bayern hinaus. Im Frühjahr 1947 hatte er für das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden kandidiert, war jedoch wegen der parteipolitischen Hintergründe der Besetzung nicht zum Zuge gekommen. 1949 kandidierte Seidel auf dem Spitzenplatz der Landesliste der CSU für den Bundestag. Es sollte eine endgültige Weichenstellung bedeuten, dass er wie alle Angehörigen der Landesliste nicht in den Bundestag einzog, da die CSU wegen der ihr neu erstandenen Konkurrenz durch die Bayernpartei damals lediglich 29,2 Prozent der Stimmen erreichte und nur Wahlkreiskandidaten ins Parlament entsenden konnte.

Dabei machte sich Seidel über den begrenzten politischen Spielraum eines Landeswirtschaftsministers, insbesondere seit der Gründung der Bundesrepublik, keine Illusionen. Dass die entscheidenden Rahmenbedingungen durch den Bund gesetzt wurden, benutzte er auch nicht als Freibrief für eigene Passivität. Vielmehr erklärte er in einem Interview: „Einer aktiven Landeswirtschaftsverwaltung öffnen sich auf dem Gebiet der Betreuung und Förderung der gewerblichen Wirtschaft reiche Möglichkeiten. Sie gipfeln in dem Bestreben, die Wirtschaftskraft des Landes nicht nur zu erhalten, sondern zu steigern. Das bedeutet, daß die altingesessenen Betriebe unterstützt und neue Betriebe angesiedelt werden müssen, um für die überschüssigen Arbeitskräfte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.“ Eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Betriebe erwartete er dabei vor allem von Frachtvergünstigungen, von der Beseitigung von Engpässen in der Energieversorgung sowie von der effizienten Nutzung der durch die Kreditprogramme des Bundes gegebenen Möglichkeiten. Angesichts der bedrängten Finanzsituation des Freistaats in jenen Jahren, in deren Konsequenz sein Ressort kaum über nennenswerte Mittel zur Vergabe verfügte, sah Seidel seine eigene Aufgabe vor allem in der Koordinierung der vielfältigen Aktivitäten im Lande.

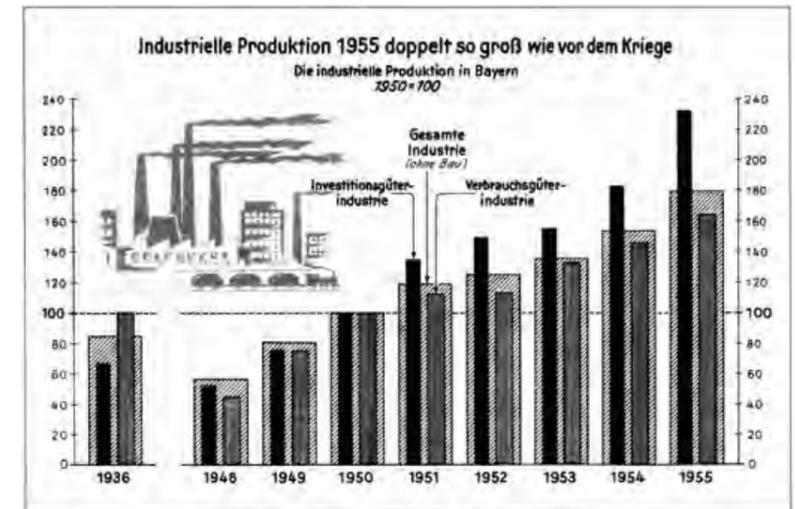
Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, verlangte sich Seidel jahrelang persönlich das Äußerste ab. Wohl wissend um die psychologische Wirkung der ständigen Präsenz eines Regierungsvertreters, schlug er kaum eine Einladung, kaum einen Wunsch eines Wirtschaftsverbandes nach einer Ansprache des Ministers aus; „nichts als Reden und immerzu Reden“ wurde zu seinem Lebensinhalt, wie er einmal erschöpft klagte. Unentwegt von Veranstaltung zu Veranstaltung eilend, entwarf er im Laufe der Jahre Hunderte von Grußworten und Reden, wobei er oft nicht wusste, wie er seine sonstige Arbeit im Ministerium noch bewältigen sollte. Seine Ansprüche an sich selbst waren hoch gesetzt, verlangte er von einem Minister doch nicht weniger, als er solle „der Motor in seinem Ministerium für politische Lösungen sein, für seine Partei als politischer Propagandist in Erscheinung treten, einen



Ankündigung einer Rede des Wirtschaftsministers Seidl (!) 1948 in Augsburg (ACSP, Pl S: 38)

geordneten Verwaltungsapparat haben und diesen Apparat nicht nur kennen, sondern auch beherrschen. Selbst genialische Leute brächten nicht alle Voraussetzungen mit, um diese Aufgaben restlos zu erfüllen. Es sei aber wichtig, daß sich ein Minister von den Aktenstößen, die die Bürokratie gern auf seinen Tisch lanciert, befreit und sich durch Unterhaltung mit seinen Leuten und Studium der Dinge, die ihm vorgelegt werden, um das Ministerium kümmert.“ Gerade das Letztere erwies sich freilich immer mehr als Unmöglichkeit. „Man erstickt in der Alltagsarbeit und hat keine Zeit sich abzuklären,“ schrieb er 1950 in einer Phase der Niedergeschlagenheit, und man versteht, dass er Ende 1952 das den Sparzwängen geopfert Verkehrsministerium ohne Begeisterung zu seinem bisherigen Ressort hinzu übernahm.

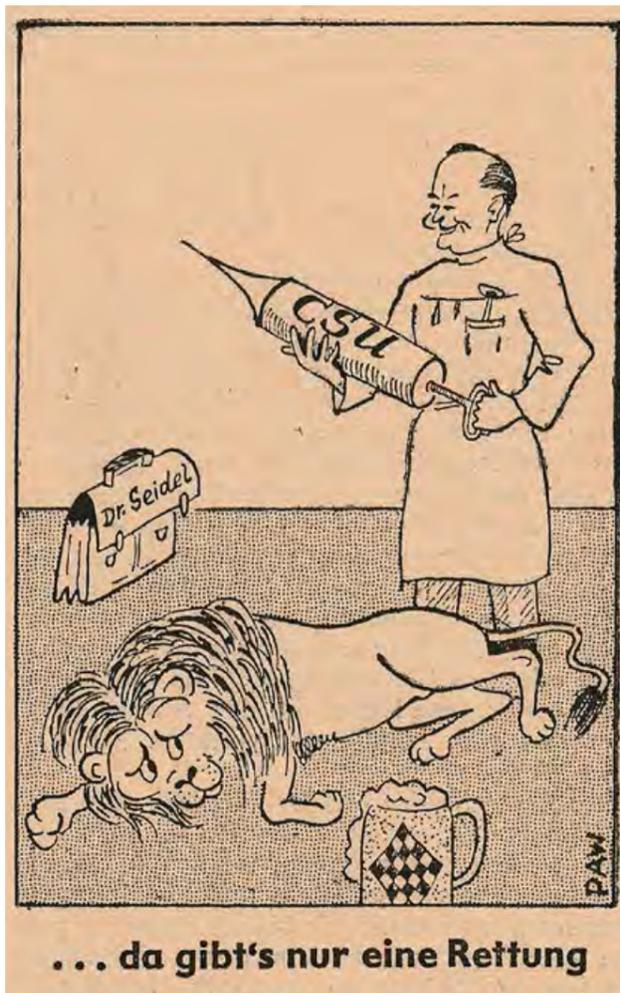
Sieben Jahre, von 1947 bis 1954, verbrachte Seidel im Wirtschaftsministerium in der Münchner Prinzregentenstraße. Die beachtlichen Erfolge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in dieser langen Zeit, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, die forcierte Industrialisierung des Landes und den Ausbau der Infrastruktur dem eigenen Wirken zuzurechnen, lag Seidel fern. Nach seiner Auffassung kam es auch gar „nicht darauf an, wer den Erfolg buchen kann, sondern daß ein Erfolg erzielt wird.“ Dennoch schmerzte es ihn, wenn gerade er immer wieder zur Zielscheibe aller Angriffe auf die Staatsregierung gemacht wurde, und er stellte bitter fest, man gewöhne sich „offenbar in Bayern langsam daran, sich in allem an den armen Wirtschaftsminister zu halten“. Bitter war es auch, dass seine Amtszeit in einem ausgesprochenen Missklang endete. Die zunehmenden Unternehmensgewinne seit der Währungsreform hatten die IG Metall dazu veranlasst, die Tarifvereinbarungen vorzeitig zu kündigen und auf deutliche Lohnerhöhungen zu dringen. Seidel, der die hohen Forderungen als Gefahr für die Konjunktorentwicklung betrachtete, hatte sich frühzeitig auf die Seite der Unternehmer gestellt und sah sich in dem dann aufbrechenden großen Metallarbeiterstreik im Sommer 1954, einem der härtesten Arbeitskämpfe, der in Bayern je stattfand, scharfen Angriffen von allen Seiten ausgesetzt. Diese Entwicklung belastete ihn persönlich sehr, und es scheint, dass sie zeitweise gar sein Engagement in der Politik insgesamt in Frage stellte. „Ich weiss noch nicht genau, ob ich mich aus dem politischen Leben zurückziehe oder aber, ob ich auch für die Zukunft ein politisches Amt anstreben soll,“ schrieb er Ende Juli 1954 einer Vertrauten und wollte sich selbst zwei Monate gewähren, um sich über diese Frage klar zu werden. Als sich im Herbst 1954 die politischen Ereignisse in Bayern überstürzten, sollte er wissen, wo seine Aufgabe lag.



Quelle: Bayerns Wirtschaft 10 Jahre nach dem Kriege, hg. v. Bayerischen Statistischen Landesamt (Statistik für Jedermann Nr.6) München 1956, Blatt 13

5
**Oppositionsführer und Vorsitzender
 der CSU**

Bei den Landtagswahlen im Herbst 1954 konnte die CSU gegenüber 1950 einen deutlichen Stimmenzuwachs verzeichnen und wurde mit 38 Prozent der Stimmen als stärkste politische Kraft im Lande bestätigt. Völlig überraschend scheiterten jedoch die von Ministerpräsident Hans Ehard geführten Koalitionsverhandlungen. Die SPD ging mit den kleinen bürgerlichen Parteien FDP, Bayernpartei und GB/BHE ein Regierungsbündnis ein und übernahm mit Wilhelm Hoegner als Ministerpräsident die politische Führung des Freistaats. Verdutzt fanden sich die Mandatsträger der CSU auf den Oppositionsbänken des Landtags wieder.



Karikatur von PAW „... da gibt's nur eine Rettung“ zur Wahl von Hanns Seidel zum CSU-Parteivorsitzenden 1955 (ACSP, NL Seidel Hanns: 47/1)

Der unerwartete Rollenwechsel provozierte auf Seite der Union grundlegende personelle und organisatorische Veränderungen. Dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Prälat Georg Meixner, von dem die in der Opposition nötige Schärfe nicht erwartet werden konnte, wurde noch im Dezember 1954 ein Fraktionssprecher beigegeben. Kein anderer als Hanns Seidel, der soeben noch als möglicher Nachfolger Ehards als Ministerpräsident gehandelt worden war, übernahm diese wichtige Funktion, mit der er zugleich in die Rolle des eigentlichen Oppositionsführers hineinwuchs. Es war typisch für ihn, dass er über seine neue Aufgabe grundsätzliche Überlegungen anstellte, die im Oktober 1955 unter dem Titel: „Die Funktion der Opposition im parlamentarischen System“ veröffentlicht wurden. Er versuchte darin, die aktuelle politische Konstellation in Bayern in das Theoriegebäude der westlichen Demokratien einzuordnen und leitete daraus die Prinzipien für die eigene Oppositionsarbeit ab: „Eine nur randalisierende, alles besser wissende, nur von Taktik und nicht von Grundsätzen geleitete Opposition kann ihre Aufgabe nicht erfüllen. Gerade die Opposition, von der unmittelbaren Regierungspraxis entbunden, kann leichter auf das Grundsätzliche bedacht sein; nicht nur auf ihre besonderen Parteigrundsätze, sondern auch auf die allgemeinen Staatsgrundsätze, und zwar gegenüber opportunistischen Anwendungen und Praktiken, die sich gerne bei den Inhabern der Macht einschleichen, wenn sie sich nicht beobachtet fühlen.“

Oppositionsarbeit ist zunächst und vor allem auch parlamentarische Kärnerarbeit. Dieser räumte Seidel großes Gewicht ein, er gehörte mehreren Landtagsausschüssen an und saß selbst von Januar 1955 bis Oktober 1957 dem Ausschuss zur Information über Bundesangelegenheiten vor. Der Versuchung, das Landtagsplenum als permanente Tribüne zu missbrauchen, auf der die

Regierung vorgeführt werden konnte, widerstand er. Er trat selbst nicht oft als Redner auf, wählte vielmehr gezielt den geeigneten Augenblick, um in die offene Flanke des politischen Gegners zu stoßen. Anfangs zeigte er dabei noch eine gewisse Unsicherheit und klebte allzu sehr an seinen Redemanuskripten. Sehr wohl mit hohem taktischem Gespür begabt, brachte er dann aber wiederholt die Staatsregierung in Bedrängnis, wenn sie sich durch unbedachte Äußerungen von Regierungsmitgliedern eine Blöße gegeben hatte, und er stand nicht an, etwa den Rücktritt von Innenminister August Geislhöringer zu fordern, weil dieser dem Ostberliner „Neuen Deutschland“ gegenüber das Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht als Fehler bezeichnet hatte. Gelegentlich zeigte er auch, dass er durchaus zu polemisieren verstand. Starke Tumulte im Landtag löste er beispielsweise aus, als er die Personalveränderungen im Kultusministerium nach dem Regierungswechsel mit den Eingriffen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Jahr 1933 verglich. Dies waren freilich Ausnahmen. Seidel orientierte sich an seiner selbstgesetzten Vorgabe, die Oppositionsarbeit vom Grundsätzlichen her anzugehen.

Hierfür zeugen seine ausführlichen Entgegnungen auf die Regierungserklärungen von Ministerpräsident Hoegner, in denen er, ohne Kleinlichkeit im Detail, die Schwachpunkte der Regierungsprogramme analysierte, die erhebliche Diskrepanz zwischen den angekündigten Vorhaben und den gegebenen Möglichkeiten der Landespolitik aufzeigte und den deklamatorischen Charakter der Regierungspolitik bloßstellte. Betont sachlich waren auch Seidels wiederholte Wortmeldungen zum Thema der Lehrerbildung, die seinen ausgeprägten Sinn für Verfahrensfragen bei der Lösung heikler politischer Themen offenbaren. Bis heute aktuell und lesenswert sind schließlich seine Ausführungen über die Prinzipien der politischen Bildung. Angestoßen von den Regierungsplänen zur Gründung einer selbständigen Akademie für politische Bildung vertrat er für die Opposition die Auffassung von der starken Wertbindung der Politik, die eine solche Einrichtung problematisch erscheinen ließ, und untermauerte diesen Standpunkt durch grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Bildung und Wissen, Wissenschaft und Politik. Seidels parlamentarische Arbeit blieb nicht ohne öffentliches Echo. Der Münchner Merkur bescheinigte ihm 1957, man habe mit der Zeit aufgehört, „wenn der kleine Mann mit dem scharfgeschnittenen Gesicht redete: seine nüchterne Argumentation nahm überall gefangen, mit seiner harten Sachlichkeit wischte er schonungslos Gefasel und Gerede beiseite und nannte die Dinge beim Namen.“

Seidels Amt als Sprecher der Opposition wurde schon zum Jahresbeginn 1955 unterbaut durch seine Wahl zum Parteivorsitzenden. Nachdem Hans Ehard mit seinem Rücktritt die Verantwortung für das Scheitern der Koalitionsgespräche nach der Landtagswahl übernommen hatte, wählten die Delegierten auf

Thursday, August 16, 1956

Am Vorabend Besuch im Bedaachen
Institute, wo eine Mrs. Hill bereit. An-
schließend Besuch der Stadtplanung, e-
s ist besonders über die Planung der
Vorteile unterrichtet.
Am 17. (Frei) für 45 d.
2. Teil des Mrs Hill, die sich
dabei als wohlhabende Witwe ergrupp
zum Ballroom Center vor den
Toren der Stadt, so wie ich die
Stadtopfragen und die Berichtung von
Stadtplan unterrichtet werden.
Für den Abend steht uns ein Ball
aus San Francisco in einem
Freizeittheater bevor. Eine Mrs
Handy mit uns beibringen.
Der Raum ist sehr schön, die gezeig-
te Natur der Welt. 14 000 Besu-
cher sind wartend die Kulisse mit 12
vordringend angeordnete Telnasen, die
feuert. Die Gäste, die leuchtende
Wand, Mallet Dergut, Kunst der jense

Auszug aus den handschriftlichen Tagebuch-
aufzeichnungen Seidels von seiner Reise
in die USA 1956 (ACSP, NL Seidel Hanns: 43)

der Landesversammlung der CSU in München am 22. Januar 1955 Seidel in einer Kampfabstim-
mung gegen Franz Josef Strauß mit einem klaren
Votum von 380 zu 239 Stimmen zu ihrem neuen
Vorsitzenden. Mit Strauß und Rudolf Eberhard als
Stellvertretern sowie Fritz Zimmermann als Leiter
der Landesgeschäftsstelle und späterem General-
sekretär gelangen unter Seidels Ägide entschei-
dende strukturelle Reformen der CSU. Unter dem
Druck des Verlusts der Regierungsverantwortung
erhielt die Partei eine schlagkräftige Organisation,
die ihren Umbau zur modernen Massenpartei er-
möglichte und ihr neue Mitglieder in erheblichem
Umfang zuströmen ließ. Dazu trug auch die Erneue-
rung der politischen Programmatik der Union bei,
die – mit einem Schlüsselbegriff im politischen
Denken Seidels – in eine „zeitnahe“ Form gebracht
und an die seit Kriegsende rasch sich wandelnden
Bedingungen der ökonomischen Modernisierung
angepasst wurde. Auch die Parteiarbeit Seidels war
geprägt von der Tendenz zum Grundsätzlichen. In
großen programmatischen Reden suchte er seiner
Partei geistige Führung zu geben, wobei er immer
aufs Neue auf die Notwendigkeit klarer weltanschau-
licher Positionen hinwies. Stets warnte er vor der
Gefahr, die Konturen zwischen den politischen
Lagern allzu sehr zu verwischen. In der Konsequenz

gab der sonst so zurückhaltende Seidel sich in Wahlkampfzeiten
stets kämpferisch und ermunterte seine Parteifreunde zur Offen-
sive. Er plädierte dafür, der Wahlkampf müsse „in der Sache leben-
dig und hart“ geführt werden, wobei seine Einschränkung kenn-
zeichnend ist, man müsse sich dennoch „von allen persönlichen
Angriffen freihalten“.

Die von ihm geforderte weltanschauliche Klarheit bildete aus der
Sicht Seidels den entscheidenden Konstruktionsfehler der Vierer-
koalition, hatten sich in ihr doch so auseinanderstrebende Kräfte
wie die SPD als die Partei der Arbeiter und die unternehmernahe
FDP, der GB/BHE als Anwalt der Flüchtlinge und Vertriebenen und
die Bayernpartei als Sprecherin der im Lande Geborenen zusam-
mengenommen. Überzeugt von dem baldigen Auseinanderbrechen
einer so gearteten Regierung, bereitete sich Seidel intensiv auf
die Rückkehr in die politische Verantwortung vor. Mit einer deut-
schen Delegation bereiste er im Herbst 1956 mehrere Wochen
lang die USA und studierte in einem dichten Besuchsprogramm
die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse in der
damals unbestrittenen westlichen Führungsnation. Die vielfäl-
tigen Eindrücke nahm er lebhaft auf, und sie dienten ihm später
häufig als Bewertungsmaßstab im Positiven wie im Negativen und
gaben seinen Vorstellungen über die künftige Landesentwicklung
Bayerns manchen Impuls.

6 An der Spitze des bayerischen Staates

Der überragende Wahlsieg von CDU und CSU bei der Bundestags-
wahl am 15. September 1957, der den Unionsparteien erstmals
die absolute Mehrheit der Mandate eintrug, wurde zum Auslöser
der politischen Wende in Bayern. Die Juniorpartner in der Vierer-
koalition, GB/BHE und Bayernpartei, ergriffen erschreckt die
Flucht und zogen ihre Minister aus der Staatsregierung zurück.
Ministerpräsident Wilhelm Hoegner blieb nichts anderes übrig,
als seinen Rücktritt zu erklären.

Als unbestrittener Führer der stärksten Partei übernahm es Seidel,
eine neue Regierung zu bilden, in die FDP und GB/BHE, nicht
jedoch die Bayernpartei eingebunden wurden. Mit den Personal-
entscheidungen für sein Kabinett gab Seidel zum Teil langfristig
wirksame Anstöße für die Landespolitik. So sollte der Oberpfälzer
Otto Schedl, der Seidels Oppositionsarbeit publizistisch wirksam
begleitet hatte, das ihm übertragene Wirtschaftsressort bis 1970
leiten und als Finanzminister noch zwei weitere Jahre im Kabinett
verbleiben. Seidels Weggefährte aus seinen politischen Anfängen
am Untermain, der Aschaffener Bürgermeister und Abgeord-
nete Alfons Goppel, führte gar als sein Nachfolger im Amt des
Ministerpräsidenten die Staatsregierung bis ins Jahr 1978.

Vereidigung als Ministerpräsident durch Landtags-
präsident Hans Ehard, dabei die Schriftführer
Alfred Pöllath und Hildegard Hamm-Brücher, am
9. 12. 1958 im Bayerischen Landtag (Foto Dix/
München: ACSP, Ph S: Bayerisches Kabinett Seidel II)



Am 16. Oktober 1957 wählte der Landtag Seidel mit einer Mehrheit von 110 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Die unions-eigene „CSU-Correspondenz“ widmete ihm am gleichen Tag eine treffende Charakterskizze: „Der Mann, den die CSU in dieser Situation an die Spitze des bayerischen Staates stellt, ist ein sehr nüchterner Politiker. Dr. Hanns Seidel ist weder der Vertreter einer bestimmten Interessengruppe noch bloßer Parteipolitiker noch sturer Koalitionsfanatiker. Nicht parteipolitische Winkelzüge, sondern messbare sachliche Erfolge kennzeichnen seine bisherige politische Laufbahn. Dabei hat sich Dr. Seidel während der vergangenen drei Jahre in seiner Eigenschaft als Oppositionsführer als eine motorische Kraft erwiesen – für seine Partei und für den Staat. Stabilität bedeutet für ihn nicht Stillstand, Aktivität aber auch nicht Unruhe. Seine Parole heißt Maßhalten, nicht Mittelmäßigkeit. Äußerlicher Glanz wird dem neuen Ministerpräsidenten kein Bedürfnis sein. Bayerns neuer Ministerpräsident ist ein Mann, der den nötigen Ausgleich sucht und nicht den unnötigen Kampf.“ Seidel selbst erklärte am gleichen Tag: „Die Art, wie wir die Regierungsbildung betrieben haben, sollte als ein Zeichen verstanden werden, daß wir nicht den Wunsch haben, eine Kampfregerung gegen irgend jemand aufzurichten. Wir wollen unsere Kräfte nicht in der Erhitzung von Gegnerschaften vergeuden, sondern für die Ermunterung aller Gutwilligen zur sachlichen Mitarbeit zum Wohle unseres Bayernlandes nutzen, ob sie innerhalb oder außerhalb der Regierung stehen.“

Karikatur von Herbert Kolfhaus vom 27.2.1958:
Das kleine Auto (Seidel-Plan) mit Hanns Seidel,
Otto Bezold, Waldemar von Knoeringen und Joseph
Baumgartner (ACSP, NL Kolfhaus Herbert 1958: 2/11)



Beide Verlautbarungen wurden durch Seidels erste Aktionen als Regierungschef bestätigt. In den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellte er das Problem der Volksschullehrerbildung, das die Landespolitik seit vielen Jahren beschäftigte, aber wegen

der weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Parteien bis dato nicht gelöst werden können. Den Bestimmungen des bayerischen Konkordates aus dem Jahr 1924 über die konfessionelle Bindung der Volksschule und damit auch der Lehrerbildung liefen die Forderungen nach der Gemeinschaftsschule aus dem linken und dem liberalen Lager diametral entgegen. Das öffentlich ausgetragene, kontroverse Ringen um einen sachgerechten Kompromiss in dieser Frage hatte lediglich zu einer Verhärtung der Fronten geführt. Die von Seidel eingeschlagene Strategie, um diesen „beinahe erratischen Block von der Straße der bayerischen Politik“ zu rollen, gibt ein eindrucksvolles Zeugnis seiner politischen Fähigkeiten. Sein eigener Vermittlungsvorschlag sah vor, die Lehramtsstudenten zum konfessionell gebundenen Studium nur in bestimmten Grundsatzfächern zu verpflichten. Er hatte in dem ihm eigenen Pragmatismus erkannt, „daß es nicht so sehr auf eine Institution ankommt, als auf eine entsprechende Ausbildung der Lehrer.“ Auf dieser Basis trieb Seidel unter hohem persönlichem, auch physischem Einsatz über Monate hinweg die Verhandlungen mit den Kirchen, den Universitäten und den politischen Kräften von der Öffentlichkeit abgeschirmt voran und verhinderte damit das Wiederaufleben der unfruchtbaren öffentlichen, zur Polemik tendierenden Kontroversen. Er schuf damit die entscheidenden Voraussetzungen, dass der Landtag am 2. Juni 1958 das „Gesetz über die Ausbildung für das Lehramt an Volksschulen“ ohne Gegenstimmen bei nur zwei Enthaltungen annahm und so den Weg frei machte für die Errichtung von sieben staatlichen Pädagogischen Hochschulen in allen Landesteilen, aus denen sich der Lehrernachwuchs bis zu ihrer Eingliederung in die Universitäten in den 1970er Jahren rekrutierte.

Aus den Landtagswahlen am 23. November 1958 ging die CSU deutlich gestärkt hervor und verbesserte sich gegenüber 1954 um 7 Prozent auf 45,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der Landtag wählte Seidel mit einer Mehrheit von diesmal 120 Stimmen zum zweiten Mal zum Bayerischen Ministerpräsidenten. Das Arbeitsprogramm seines kaum veränderten zweiten Kabinetts konzentrierte sich darauf, „die Wirtschafts- und damit die Finanzkraft des Landes mit allen Mitteln zu fördern und zu heben“. Insbesondere Benachteiligungen Bayerns im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern auf dem Sektor der Energieversorgung galt es auszugleichen. Um langfristig ein konkurrenzfähiges Strompreinsniveau für die bayerische Wirtschaft sicherzustellen, wurden deshalb die bereits vom Kabinett Hoegner eingeleiteten Maßnahmen zur Förderung der Kernenergie intensiviert. In Kahl am Main begannen im Juni 1958 die Bauarbeiten für ein erstes Versuchsatomkraftwerk, parallel dazu wurden die Planungen für ein großes „Demonstrationskraftwerk“



Übergabe des Forschungsreaktors in Garching an die Technische Universität München am 3.2.1958: Ministerpräsident Hanns Seidel mit Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, dem Präsidenten der TU München und Prof. Dr. Heinz Maier-Leibnitz (Foto dpa-picture alliance)

in Gundremmingen aufgenommen und schließlich die Vorstudien zur Errichtung eines Schwerwasserreaktors in Niederaichbach bei Landshut in Auftrag gegeben.

Um den steigenden Energiebedarf bis zu dem Zeitpunkt zu decken, an dem die Kernkraft ihre Wirtschaftlichkeitsgrenze erreicht haben würde, erfuhr ein zweiter Energieträger in der Amtszeit

Seidels eine nachdrückliche politische Förderung. Im Frühjahr 1959 begannen die Verhandlungen über den Bau von alpenüberschreitenden Pipelines, die den Freistaat mit preiswertem Mineralöl versorgen sollten. Noch im gleichen Jahr fiel der Startschuss für eine Rohrleitung vom Mittelmeerhafen Genua nach Bayern, die die Region Ingolstadt binnen weniger Jahre zum Standort mehrerer Raffinerien und damit zur zentralen Energiedrehscheibe werden ließ.

Die immer stärkere Vernetzung der europäischen Wirtschaft wurde mit diesem Projekt gleichsam mit Händen greifbar. Seit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge am 1. Januar 1958 schritt der Prozess der Einigung Europas, den Seidel nicht für eine „romantische Utopie [...], sondern viel

eher die Nachholung einer längst fälligen Entwicklung und die Anpassung der politischen Verhältnisse an die von der Technik geschaffenen Tatsachen“ hielt, immer rascher voran. An der Förderung dieses Prozesses hat Seidel im Rahmen seiner Möglichkeiten mitgewirkt. Im Dezember 1957 wurde er vom Bundesrat zum Vorsitzenden von dessen „Sonderausschuß für Fragen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone“ gewählt. Auch sein einziger offizieller Staatsbesuch als Ministerpräsident im Ausland, der ihn vom 21. bis 24. Januar 1959 nach Wien führte, galt vor allem Gesprächen über wichtige Infrastrukturprojekte von europäischer Bedeutung, dem Bau des Brennertunnels und der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals, für die sich Seidel als Aufsichtsratsvorsitzender der Rhein-Main-Donau AG stets nachdrücklich einsetzte.

Wie seine Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten gab Seidel zu wohlgewählten Zeitpunkten immer wieder dezidierte Bekenntnisse zum Prinzip des Föderalismus ab. Darin, „Kernland einer föderativen deutschen Staatsordnung zu sein“, bestand für ihn auch die besondere „deutsche Aufgabe“ Bayerns. Dabei handelte es sich keineswegs nur um Lippenbekenntnisse, denn Angriffen auf die Rolle der Länder im politischen Gefüge der Bundesrepublik

trat Seidel im gegebenen Fall auch energisch entgegen. Gegen die 1958 kontrovers diskutierten Bestrebungen des Bundes, den Rundfunk in seinen Kompetenzbereich zu ziehen und ein zweites Fernsehprogramm in eigener Regie einzurichten, machte sich Seidel mit zum Wortführer des Widerstandes der Ministerpräsidenten, auch auf die Gefahr hin, sein ausgesprochen gutes persönliches Verhältnis zu Bundeskanzler Adenauer aufs Spiel zu setzen. Gleichwohl ließ Seidel nie einen Zweifel daran, daß er, der die erhebliche Verschärfung der Spannungen zwischen West und Ost mit Sorge beobachtete (Zweite Berlin-Krise 1958), der Deutschlandpolitik deutliche Priorität vor landespolitischen Sonderinteressen einräumte. Diese staatsmännische Haltung trug ihm 1958 auch die ehrenvolle Aufgabe ein, am 17. Juni im Deutschen Bundestag die offizielle Rede zum Gedenken an den Volksaufstand in der DDR des Jahres 1953 zu halten.

Sein Arbeitspensum als Ministerpräsident bewältigte Seidel – wie schon in seiner Zeit als Wirtschaftsminister – mit stetem Fleiß und eifriger Aktenarbeit, um sich mit den jeweiligen Sachverhalten persönlich vertraut zu machen. In der Staatskanzlei stützte er sich auf einen ausgesprochen kleinen, aber mit sehr erfahrenen oder außerordentlich qualifizierten Mitarbeitern besetzten Stab. Über die enormen physischen und psychischen Beanspruchungen, die das Amt mit sich brachte, zu klagen, lag nicht in seinem Wesen. Nur beiläufig vermerkte er einmal unter dem Eindruck der zähen Verhandlungen über die Lehrerbildung, „er sei aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Ressortminister der Meinung gewesen, daß der Ministerpräsident es leichter hätte, weil er nicht in die Details einsteigen muß und sich mit der Koordinierung begnügen kann. Er habe sich getäuscht.“

Die Auffassung Seidels vom Amt des Ministerpräsidenten war insgesamt frei von jedem Überschwang. Er selbst wollte in sich lediglich „den leitenden Minister, auf deutsch den leitenden Diener eines demokratischen Staatswesens“ sehen. Wenig lagen ihm die mit dem Amt verbundenen umfangreichen repräsentativen Verpflichtungen. Er suchte sie nach Möglichkeit zu reduzieren, denn wie er einmal sagte: „Er arbeite sehr gern und viele Stunden, aber zwei offizielle Essen an einem Tag seien nervenzermüdbender und schwieriger als 10 Stunden angestrengte geistige Arbeit.“

Trotzdem war Seidel je länger, je weniger den physischen Belastungen des Amtes gewachsen. Schon in früheren Jahren hatte er immer wieder mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen gehabt, und bei seiner ersten Regierungserklärung im November 1957 hatte er einen Schwächeanfall erlitten, der den Abschluss seiner Ausführungen vor dem Parlament verhinderte; damals hatte man als Ursache eine nicht auskurierte Grippe ausgemacht. Bei einem Verkehrsunfall auf einer Dienstreise im folgenden Jahr

7 Krankheit und früher Tod



Karte der Pipeline-Projekte für Bayern 1959 aus dem Artikel „Ölversorgung Die weiß-blaue Pipeline“ in: Der Spiegel Nr.44/1959 S. 26

erlitt Seidel dann eine Wirbelsäulenverletzung, die ihn zu einem längeren Krankenhausaufenthalt zwang. Scheinbar rückfällig geworden, war er im Frühjahr 1959 gezwungen, die Regierungsgeschäfte für annähernd drei Monate vom Krankenbett aus zu leiten. Offenbar genesen, trat er auf der Landesversammlung der CSU in München am 13. und 14. Juni 1959 auf und wurde mit einem Votum von 95,9 Prozent der Stimmen als Parteivorsitzender bestätigt. Vom Oktober an musste sich Seidel als Ministerpräsident jedoch ständig von seinem Stellvertreter, Finanzminister Rudolf Eberhard, vertreten lassen, und Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt begannen zu kursieren.

Ihm Januar 1960 machten seine Ärzte Seidel dann unmissverständlich klar, dass er auf eine Heilung seiner bösartigen Krankheit in absehbarer Zeit nicht hoffen könne. Daraufhin erklärte Seidel am 21. Januar seinen Rücktritt. Im Urteil seiner Freunde gab dieser durch Krankheit erzwungene Schritt Seidels Leben angesichts des selbsterkämpften Aufstiegs aus bescheidenen Verhältnissen bis in das höchste Staatsamt eine besonders tragische Note.

In monatelangen Klinikaufenthalten kämpfte Seidel gegen seine Krankheit an und unterzog sich den drastischen Therapiemethoden der Zeit. Zur Untätigkeit zwingen ließ er sich durch diese belastenden Umstände nicht. Zeitlebens dem Studium von Literatur, Kunst und Philosophie zugeneigt, umgab er sich auch im Krankenbett mit Büchern und nahm von dort aus die Mühen einer umfangreichen publizistischen Aktivität auf sich, wählte seine ihm wichtig erscheinenden Reden aus einem umfangreichen Korpus aus, redigierte sie und brachte sie, zum Teil erheblich erweitert, im Druck heraus. Der Band „Weltanschauung und Politik“ dokumentierte mehrere grundsätzliche Reden, die er zwischen 1955 und 1959 vor verschiedenen Gremien der CSU gehalten hatte; „Zeitprobleme“ nannte er eine Sammlung größerer Ansprachen zu den unterschiedlichsten Themen und Anlässen, die in seiner Amtszeit als Ministerpräsident entstanden waren. Binnen eines Jahres kam noch ein drittes Buch hinzu: „Vom Mythos der öffentlichen Meinung“, eine selbständige monographische Auseinandersetzung mit der meinungsbildenden Rolle der Massenmedien, aber auch von Literatur, Kunst und Wissenschaft in der modernen Demokratie.

Wegen der 1961 bevorstehenden Bundestagswahl forderte Adenauer Seidel zunächst auf, den Parteivorsitz beizubehalten. Die gesundheitlichen Rückschläge, die ihm seine Krankheit immer wieder beibrachte, veranlassten ihn jedoch am 16. Februar 1961, auch dieses Amt niederzulegen. Nach langem, geduldig ertragenem Ringen mit der Krankheit starb Seidel, ohne noch einmal in die Öffentlichkeit zurückgekehrt zu sein, in einer Münchner Klinik an den Folgen einer Lungenentzündung. Über seinen schnellen Tod, der ihn als ersten der profilierten CSU-Politiker der Nach-

kriegszeit ereilte, herrschte weithin Betroffenheit. Am 9. August wurde Seidel auf dem Münchner Westfriedhof im Rahmen eines Staatsaktes beigesetzt.

In einer kurzen Gedenksitzung des Ministerrats am gleichen Tag zeichnete Ministerpräsident Hans Ehard, sein langjähriger politischer Weggefährte, der als sein Nachfolger noch einmal die Last des hohen Amtes auf sich genommen hatte, ein aus der Ergriffenheit des Augenblicks geschöpftes Bild von Seidels Persönlichkeit: „Bescheidenheit und Zurückhaltung, die Scheu vor öffentlichem Lob und leerer Rhetorik“ seien „für die vornehme, klare Art Hanns Seidels so bezeichnend“ gewesen. „Geradlinigkeit, Klarheit, kritisches und selbstkritisches Maßhalten, nüchternes Urteil, ein unbestechlicher Sinn für Recht und Gerechtigkeit und eine außerordentliche Arbeitskraft“ hätten das Wesen seiner Persönlichkeit ausgemacht. Alles in allem sei er „ein Mann mit festen Grundsätzen und unverrückbaren Zielen“ gewesen, der in der Form so liebenswürdig und in der Sache doch hart sein konnte“.

Diese im Ganzen treffende zeitgenössische Charakterisierung spricht für sich selbst. Wirkliche Kritiker der Person Seidels sind nicht auszumachen, er scheint zwar politische Gegner, aber keine Feinde besessen zu haben. Freilich erschien er, der romantische Gefühle einmal als „Vorbehaltsgut von verhinderten Dichtern und schlechten Politikern“ bezeichnete, manchem schwer zugänglich und verschlossen bis fast zur Sprödigkeit. Die, die ihn näher kannten, hoben dagegen sein soziales Verständnis und seine besondere Wärme und Herzlichkeit im persönlichen Umgang hervor, und auch die erhaltenen Briefwechsel Seidels legen von dieser verborgenen Eigenschaft beredt Zeugnis ab.



Quelle: Rhein-Main-Donau-AG München

Unübersehbar und unbestreitbar ist in jedem Fall die Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit von Seidels politischem Streben. Das von ihm gezeichnete Idealbild des christlichen Politikers füllte er sehr weitgehend selbst aus als ein Mann, „der in der Politik nicht nur eine Gelegenheit zur Ausübung der Macht sieht, sondern der von der Überzeugung durchdrungen ist, daß es keine Diskrepanz zwischen Weltanschauung und praktischem Handeln geben darf, daß vielmehr Politik ein Auftrag ist, dessen Vollzug am Ende der Tage verantwortet werden muß“.

Biographische Zeittafel

Renate Höpfinger

► 1901–1908

12. Oktober 1901

Hanns Seidel wird in Schweinheim bei Aschaffenburg als eines von sechs Kindern des Kaufmanns Johann Seidel und seiner Frau Christine geboren. Auf den Namen Franz Wendelin (katholisch) getauft, wird er jedoch bald nur noch „Hanns“ genannt, um Verwechslungen innerhalb der Verwandtschaft zu vermeiden. Den Vater Johann Seidel, der als Vertreter mit seinen



Die Mutter Christine mit den Töchtern Hilde (links) und Tina (rechts), ca. 1929 (ACSP, NL Seidel Hanns: 255)

Waren über Land zieht, verliert er bereits mit sieben Jahren. Er hinterlässt eine Witwe und sechs Kinder, so dass Hanns Seidels Kindheit und Jugend von beengten materiellen Verhältnissen geprägt ist.

► 1910–1921

Der überdurchschnittlich begabte Schüler besucht ab 1910 das Gymnasium. Die ersten Jahre verbringt er auf dem Studienseminar der Missionsbenediktiner in St. Ludwig bei Volkach am Main. 1914 wechselt er auf das Königliche Humanistische Gymnasium in Aschaffenburg, wo er 1921 sein Abitur ablegt.



Ansichtskarte von St. Ludwig am Main (Foto Diözesanarchiv Würzburg/Kloster Münsterschwarzach)

Geburtsurkunde für Franz Wendelin Seidel (ACSP, NL Seidel Hanns: 94)

Geburtsregister Nr. 83

Geburts= Schein.

Vor- und Zuname: Franz Wendelin Seidel

katholischer Religion

Geburtsstag und -Ort: 12. Oktober 1901 in Schweinheim

Vor- und Zuname, sowie Stand des Vaters: Johann Seidel
Kaufmann

Vor- und Zuname der Mutter: Christina Seidel
geborene: Nagel

Schweinheim, am 17. Juni 1936

Der Standesbeamte:
[Signature]

(Siegel)

1124 Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Roth Kronach

Bemerkungen siehe Rückseite!

K. HUMANISTISCHES GYMNASIUM ASCHAFFENBURG.

Jahreszeugnis.

Seidel, Franz

Sohn des *Johann Seidel* zu *Schweinheim* im Bezirk des *Landgerichts Aschaffenburg* geboren am *12. Okt. 1901* zu *Schweinheim* Konfession, hat im Schuljahre *1920/21* die *erste* Klasse besucht. *Starke Intelligenz, fleißig, gut vorbereitet, sehr gut im Schreiben, vorzügliche Leistungen erzielt.*

Seine Fortschritte sind:

- in der Religion: *gut*
- in der deutschen Sprache: *gut*
- in der lateinischen Sprache: *gut*
- in der griechischen Sprache: *gut*
- in der französischen Sprache: *gut*
- in der Arithmetik (Mathematik): *gut*
- in der Geschichte: *sehr gut*
- in der Geographie: *sehr gut*
- in der Naturkunde: *gut*
- im Zeichnen: *ausgezeichnet*
- im Turnen: *sehr gut*

Die Erlaubnis zum Vorrücken in die nächsthöhere Klasse hat er *erhalten*.

Aschaffenburg, am *15. Juli 1921*.

Königliches Rektorat.
H. Krauß

Ordinarius der Klasse:
Seidel

Jahreszeugnis des K. Humanistischen Gymnasiums Aschaffenburg 1916 (ACSP, NL Seidel Hanns: 95)



Das Amts- und Landgericht in Aschaffenburg um 1932 (Foto Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Sammlung Stadelmann)

► 1921–1925

Nach dem Abitur studiert er Rechtswissenschaften, Germanistik und Volkswirtschaft an der Universität Würzburg und jeweils ein Semester an den Hochschulen in Freiburg und Jena, wobei er sich sein Studium weitgehend selbst finanziert. Er wird Mitglied der katholischen Studentenverbindung Normannia in Würzburg.

der Zeitung Sonntag, 17. August 1929

Jch habe mich in Aschaffenburg als Rechtsanwalt niedergelassen. — Kanzlei: Herstattstraße 29/II
Dr. jur. Hanns Seidel

Die Unterzeichneten üben die Rechtsanwaltspraxis gemeinschaftlich aus. Kanzlei: Herstattstraße 29/II
Telefon 7
Franz Vogler Dr. H. Seidel
Rechtsanwälte

Neue Orchestertungen
bejubelt u. gefeiert in Berlin, Wien, Genf, Rom, Paris, London
Das weltberühmte Original-
Orb-Russische National-Orchester
Galalika-Orchester
Hörnerchor, Soli
Tanz-Scenen
W. H. B.
— 25 Künstler —
Dirigent: Eugen Engelhardt

Im großen Frohsinnsaal, Dienstag, 20. August 8 Uhr abends
Karten zu Mk. 2.50, 2.—, 1.50, 1.20 in der Buchhandl. Kommerzer (inkl. Steuer)

Unter Bezugnahme auf die Anzeige vom Samstag, den 10. August, der Firma M. Grünwald, Frankfurt a. M. teile ich mit, daß ich unter der Firma
Salomon Stern
Ausstattungshaus in Aschaffenburg
Innere Glatbacherstraße 4
eröffnet habe.
Ich bitte davon Kenntnis zu nehmen, daß ich nicht Vertretungsverhältnis zu der Firma M. Grünwald, Frankfurt a. M. geknüpft habe und mit dieser Firma in keinerlei Verbindung stehe.
Die Firma Grünwald ist nicht befugt bei dem Besuch meiner erworbenen Kundschaft auf mich Bezug zu nehmen.
Salomon Stern.

Zentralheizungen
Warmwasser- und Niederdruck-

Zeitungsansage Seidels in der Aschaffener Zeitung vom 17. 8. 1929 (ACSP, NL Seidel Hanns: 97)

► 1925–1928

6. November 1925

Erstes juristisches Staatsexamen, anschließend Referendar am Amts- und Landgericht und am Bezirksamt Aschaffenburg.

Nov./Dez. 1928

Juristisches Staatsexamen für den Höheren Justiz- und Verwaltungsdienst in Würzburg.

► 1929–1940

20. April 1929

Zulassung als Rechtsanwalt am Landgericht Aschaffenburg und Aufbau einer eigenen Kanzlei.

20. August 1929

Seidel wird zum Dr. jur. promoviert.

20. August 1929

Hochzeit mit Ilse Tenter (1905–1997), der Tochter eines Direktors der Aschaffener Zellstoffwerke.

► 1931

Der Sohn Hans Joachim Georg wird am 20. Mai geboren.



Promotionsurkunde vom 20. 8. 1929 (ACSP, NL Seidel Hanns: 96)

„Der Fall Dr. Seydel“ in: „Aschaffener Nachrichten“ vom 18. 4. 1933 (ACSP, NL Seidel Hanns: 25)



Ilse und Hanns Seidel (ACSP, NL Seidel Hanns: 77)

► 1930-1933

Seidel beginnt seine politische Tätigkeit. Er macht aus seiner politischen Einstellung keinen Hehl und greift auf einer politischen Versammlung im Dezember 1930 die Nationalsozialisten so scharf an, dass es zu einem Tumult kommt.

1932 tritt er der Bayerischen Volkspartei (BVP) bei, für die er ein Jahr später als Kandidat bei den Stadtratswahlen antreten soll. Es finden jedoch 1933 keine regulären Kommunalwahlen in Aschaffenburg mehr statt. Die Stadtratssitze werden vielmehr aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. 3. 1933 entsprechend dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 besetzt. Seidel gehört nicht zu den so bestimmten Stadträten.

18. April 1933

Im Zusammenhang mit einer Kampagne gegen die BVP kurz vor der Wahl starten die Aschaffener Nachrichten unter der Überschrift „Der Fall Seydel“ einen heftigen Angriff gegen ihn: „Wir waren vorgestern

noch Zeuge, wie er sich in der unverschämtesten Weise Nationalsozialisten in einer Aschaffener Gaststätte provozierend näherte und aus der Enge seines eigenen Verstandes die nationalsozialistische Einstellung eines Gastes mit dem Hinweis, daß sein Gegenüber doch ein Mann von Geist sei, recht merkwürdig fand. Rechtsanwalt Seydel brachte damit zum Ausdruck, daß ein Mensch von Geist damit eigentlich niemals Nationalsozialist sein könne...“.

26. Juni 1933

Seidel wird für einige Tage in Untersuchungshaft genommen. Weiteren drohenden „Schutzhaft“-Maßnahmen entzieht er sich durch die Flucht zu seinen Schwiegereltern ins litauische Memel.



Sichtvermerk des Grenzübertritts nach Litauen im Reisepass Seidels vom Juli 1933 (ACSP, NL Seidel Hanns: 93)

September 1933

Er gerät erneut mit den Nationalsozialisten in Konflikt, als er im Auftrag eines Juden juristisch gegen einen SS-Mann vorgeht, der diesen schwer beleidigt hatte. Das NS-Blatt „Der Stürmer“ kommentiert das in seiner Septemberausgabe im Artikel „Der Herr Rechtsanwalt schämt sich nicht“: „Rechtsanwalt Dr. Seidel ist kein

Jude, aber er verdient sein Geld mit Juden... Der Herr Rechtsanwalt Dr. Seidel bringt es fertig (für Judengeld!!) von einem SS-Mann zu verlangen, daß er bei einem Juden Abbitte leistet. Ein prächtiger deutscher Rechtsanwalt!... Wir überlassen es dem gesunden Volksempfinden, über jenen Herrn Rechtsanwalt das Urteil zu fällen. Auch für Charaktere seiner Art kommt noch einmal der Tag.“

In der Folgezeit leidet die Kanzlei unter finanziellen Einbußen, kann aber weitergeführt werden. Seidel tritt dem NS-Rechtswahrbund, der NS-Volkswohlfahrt und dem Reichsluftschutzbund bei.

► 1935

Der Sohn Christian Friedrich wird am 27. August geboren.

► 1940-1945

Im Oktober 1940 wird Hanns Seidel zur Wehrmacht einberufen. Er dient bis zum Zusammenbruch der Wehrmacht in einer Panzerdivision an der russischen Ostfront. Im April 1942 wird er zum Leutnant befördert. 1945 gerät er kurz in amerikanische Kriegsgefangenschaft.



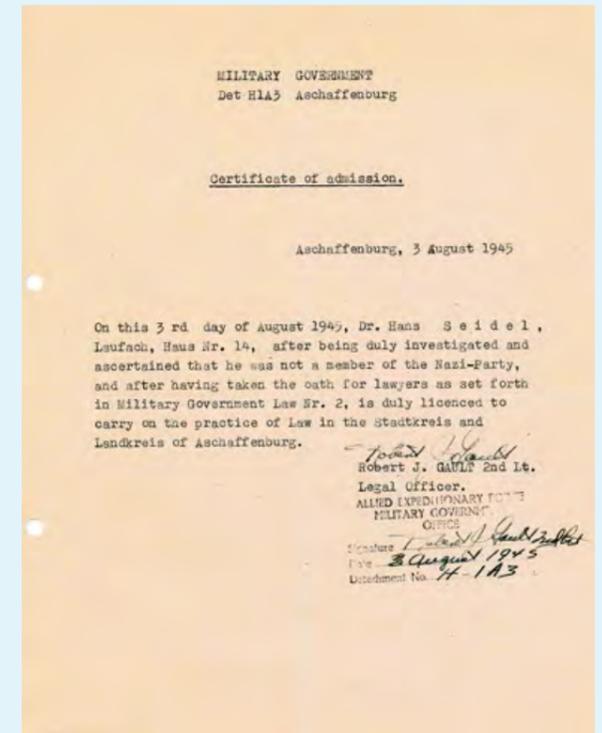
Foto von Hanns Seidel als Soldat (ACSP, Ph P Seidel Hanns: 2)

► 1945

Anfang Juni kehrt er in seine zerstörte Heimatstadt zurück. Da die Wohnung der Familie ausgebombt ist, wohnt er zunächst in Laufach bei Aschaffenburg und kann erst im Mai 1946 nach Aschaffenburg zurückkehren.

3. August 1945

Er nimmt die Tätigkeit als Rechtsanwalt wieder auf und spezialisiert sich zunehmend auf Wirtschaftsfragen.



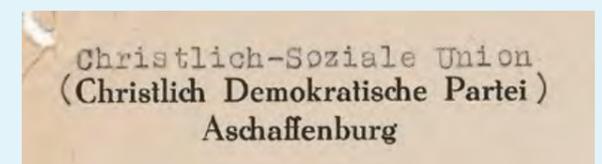
Wiederzulassung als Rechtsanwalt durch die US-Militärregierung vom 3. 8. 1945 (ACSP, NL Seidel Hanns: 97)

11. Oktober 1945

Die amerikanische Militärregierung ernennt den politisch nicht vorbelasteten Hanns Seidel zum Landrat von Aschaffenburg. Der am 28. 4. 1946 gewählte Kreisrat bestätigt die Wahl am 11. 6. 1946. Zu seinen wichtigsten Aufgaben bis zum Ende seiner Amtszeit am 20. 9. 1947 gehören die Ankurbelung des Wohnungsbaus, die Eingliederung von Flüchtlingen und die Ansiedlung von Fabriken zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Außerdem beteiligt er sich maßgeblich an der Gründung des Landkreisverbandes Bayern.

13. Oktober 1945

An der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei (CDP) ist er nicht beteiligt, tritt aber noch 1945 der Unionspartei bei. Nach der bayernweiten Zulassung der CSU im Januar 1946 wird die CDP zum CSU-Kreisverband Aschaffenburg-Stadt und Land, ihr Mitglied Seidel in der Folge ihr führender Vertreter in Unterfranken.



Aus dem Briefkopf eines Schreibens der CSU Aschaffenburg 1946 (ACSP, NL Müller Josef: C 263)

► 1946

30. Juni 1946

Er wird in die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt, die eine neue Verfassung für den Freistaat Bayern ausarbeiten soll. Am umstrittensten ist in der Folge die Frage nach einem Staatspräsidenten als Symbol der Eigenstaatlichkeit Bayerns. Im Gegensatz zum konservativ-altbayerischen Flügel in der CSU um Alois Hundhammer lehnen Seidel und der liberal-konservative Flügel um Josef Müller diesen vehement ab. Bei der entscheidenden Abstimmung am 12.9.1946 votieren die Mitglieder mit 85 zu 84 Stimmen gegen den Staatspräsidenten.



Josef Müller neben Alois Hundhammer, undatiert (ACSP, NL Müller Josef: Ph 63/1)

1. Dezember 1946

Mitglied des Bayerischen Landtags für den Stimmkreis Obernburg bzw. Obernburg-Miltenberg (bis 5.8.1961): Die bayerischen Wähler entscheiden sich am 1. Dezember 1946 in einer Volksabstimmung für die Annahme der Bayerischen Verfassung, gleichzeitig finden die Wahlen zum Landtag statt. Seidel übertrifft das CSU-Ergebnis auf Landesebene (52,3%) in seinem Wahlkreis Obernburg mit 68,9% deutlich. Auch bei den Landtagswahlen 1950, 1954 und 1958 gewinnt er stets sicher seinen Stimmkreis.



Plakat der CSU zur Landtagswahl und zum Volksentscheid über die Annahme der Bayerischen Verfassung 1946 (ACSP, Pl S 6308)



Wirtschaftsminister Hans Seidel mit seinem Amtsvorgänger Rudolf Zorn am 25.9.1947 (ACSP, Ph P Seidel Hanns: 7)



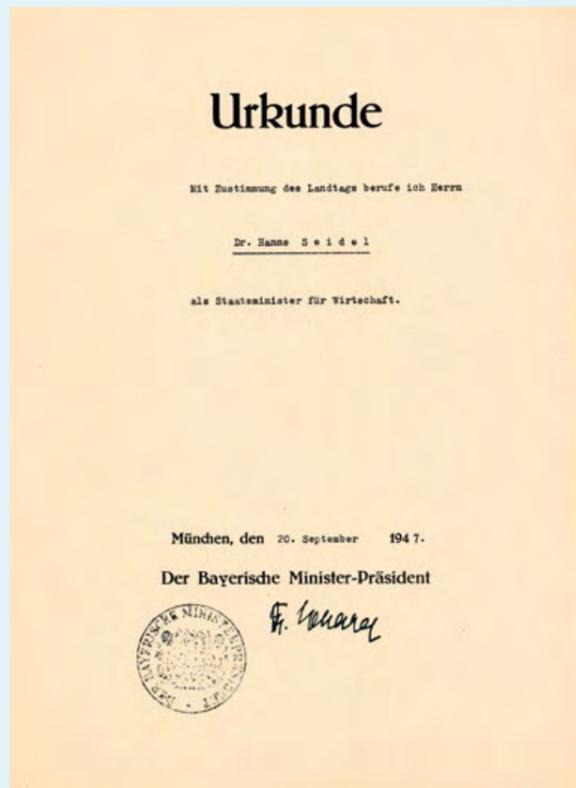
Seidel im Plenarsaal des Bayerischen Landtags in den Bänken der CSU-Fraktion 1958 (ACSP, NL Seidel Hanns: 64/2)

► 1947

Seidel wird Mitglied des CSU-Landesvorstands, ab 1955 des Geschäftsführenden Landesvorstands, dem er bis 1961 angehört.

20. September 1947

Ministerpräsident Hans Ehard überträgt Seidel, der sich als Wirtschaftsfachmann hohes Ansehen erworben hat, das bayerische Wirtschaftsministerium. Er gehört dem Kabinett in dieser Funktion, ab 1.10.1952 als Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, bis zum 14.12.1954 an.



Urkunde über die Berufung Seidels zum Wirtschaftsminister durch Ministerpräsident Hans Ehard (ACSP, NL Seidel Hanns: 98)

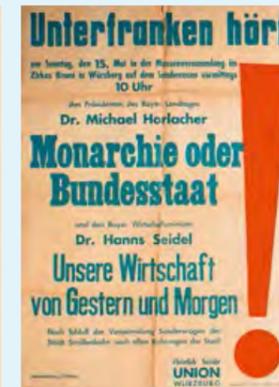
► 1948

14.6.1948

Mitbegründer und Mitglied des Wirtschaftsbeirats der Union (WBU), einem Zusammenschluss CSU-naher bayerischer Unternehmer. Er ist dort gern gesehener Gast und gefragter Gesprächspartner. Seine Rede bei der Generalversammlung am 18. Oktober 1952 ist aber zugleich auch ein Appell an die unternehmerische Verantwortung: „Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß kein anderes Sozialsystem eine so natürliche phrasenlos und vernünftige Grundlage besitzt, als die Marktwirtschaft... Aber weil es so ist, ist der ökonomische Liberalismus ein System für maßvolle, vor allem anständige Menschen, für Menschen also, die ihr Streben nach eigenem Nutzen nicht in den Widerspruch zur Wahrung der Belange anderer Menschen bringen, denn ein anständiger Mensch betrachtet es als Selbstverständlichkeit, daß unvernünftiger Eigennutz nicht nur schädlich, sondern auch unsittlich ist.“



Sonderausgabe „Der Wirtschaftsbeirat“ vom 18.10.1952 mit einer Rede Seidels (ACSP, Z-WBU)



Plakat zur Bundestagswahl 1949 (ACSP, Pl S 6263)

► 1949

Spitzenkandidat der CSU auf der Landesliste für die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag.

► 1950

Bundeskanzler Konrad Adenauer zeigt sich von den Leistungen Seidels für die bayerische Wirtschaft beeindruckt und will ihn im Frühjahr 1950 als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt und als wirtschaftspolitischen Koordinator berufen. Seidel zieht jedoch eine Fortsetzung seiner Tätigkeit in der bayerischen Landespolitik vor.

► 1952

1. Oktober 1952

Aufgrund eines Landtagsbeschlusses wird das bayerische Verkehrsministerium aufgelöst und seine Zustän-



Schreiben von Bundeskanzler Konrad Adenauer an Hanns Seidel vom 11.5.1950 (ACSP, NL Seidel Hanns: 27)

digkeit auf das Wirtschaftsministerium übertragen. Seidels Amtsbezeichnung lautet seitdem „Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr“.

► 1954

Juni/Juli 1954

Seidel gerät ins Kreuzfeuer der Kritik, weil er in dem aufbrechenden Konflikt in der bayerischen Metallindustrie zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft deren Lohnforderungen als konjunkturschädlich zurückweist. Der sich anschließende Metallarbeiterstreik im August entwickelt sich zu einem der härtesten Arbeitskämpfe, der in Bayern je stattfand.



Streikende Metallarbeiter in Ingolstadt (Foto Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, IG Metall Fotoarchiv)

14. Dezember 1954

Obwohl die CSU aus der Landtagswahl am 28. 11. 1954 als stärkste Partei hervorgeht, muss sie auf den Oppositionsbänken Platz nehmen. Die kleineren Parteien FDP, Bayernpartei und GB/BHE schließen sich mit der SPD zur sogenannten Viererkoalition zusammen. Seidel unterliegt im Landtag bei der Wahl des Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD) mit 82 zu 197 Stimmen. Er wird von seiner Fraktion zum Fraktionssprecher und eigentlichem Oppositionsführer im Landtag gewählt.



Karikatur zur Wahl des CSU-Parteivorsitzenden vom 21. 1. 1955 (ACSP, NL Kolthaus Herbert 1955: 1/8)

Flugblatt der CSU „Bayerische Wähler, habt ihr das gewollt“ (ACSP, FI 1954: 6)

► 1955

22. Januar 1955

In einer Kampfabstimmung gegen Franz Josef Strauß wird Seidel mit 53,4% der abgegebenen Stimmen zum Landesvorsitzenden der CSU gewählt. Zusammen mit dem neuen Landesgeschäftsführer Friedrich Zimmermann leitet er umgehend eine große Organisationsreform der CSU ein und legt damit den Grundstein für den Ausbau der CSU zur modernen Volkspartei. Die Installierung von hauptamtlichen



Wahl Seidels zum CSU-Parteivorsitzenden, mit dem Gegenkandidaten Franz Josef Strauß (ACSP, Ph P Seidel Hanns: 1/1)

Bundeswahlkreisgeschäftsführern führt zu einer strafferen Parteiorganisation, Mitgliederwerbung und Mitarbeiterschulung werden intensiviert. Großen Wert legt er auf die Überarbeitung des Grundsatzprogramms, das v. a. in den Bereichen der Wirtschafts- und Außenpolitik modernisiert werden muss.



► 1956

24. April 1956

Seidel weist der politischen Bildung eine entscheidende Rolle für den Aufbau und Erhalt eines demokratischen Staates zu. Anlässlich einer Sitzung des Bayerischen Landtags am 24. 4. 1956 zur Gründung der Akademie für politische Bildung in Tutzing äußert er sich: „Wer die politische Wirklichkeit aufmerksam betrachtet, kann nicht übersehen, dass die Idee eines freiheitlichen politischen Systems keineswegs als ein fester Erlebniswert im Bewusstsein unseres Volkes lebendig und wirksam ist. Gewiss sind Fortschritte gemacht worden, aber schon die Tatsache, dass wir gezwungen sind, uns immer mehr – und auch in dieser Sitzung – mit den Angriffen von rechts und links gegen dieses System zu beschäftigen, muss uns beweisen, wie sehr wir noch



Akademie für politische Bildung in Tutzing in den 1950er Jahren (Foto Wörsching/Archiv der Akademie für politische Bildung)

von politischer Bildung entfernt sind.“ Bis zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten nimmt er einen Sitz im Kuratorium der neugegründeten Akademie ein.

Juni 1956

Bundeskanzler Adenauer bietet Seidel das Ressort des Bundesjustizministers an. Seidel lehnt ab, bleibt in der Landespolitik.

Herbst 1956

Als Teilnehmer eines mehrwöchigen dichten Besuchsprogramms bereist er die USA und studiert dort die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen.



Hanns Seidel in den USA (ACSP, NL Seidel Hanns: 65)

► 1957

1. Juni 1957

Die CSU-Landesversammlung beschließt ihr neues zwölfseitiges Grundsatzprogramm, dessen dritter Abschnitt „Wirtschaftsordnung“ Seidel maßgeblich mitgestaltet hat.

15. September 1957

Bei der Bundestagswahl erreichen CDU und CSU die absolute Mehrheit der Mandate. Das überraschende Wahlergebnis leitet die politische Wende in Bayern ein.



Aus einem Fotoalbum zur Dokumentation des Wahlabends der Bundestagswahl 1957 in der CSU-Landesleitung (ACSP, NL Seidel Hanns: 61)

16. Oktober 1957

Wahl zum Ministerpräsidenten: Als die Viererkoalition am 8. 10. 1957 zerbricht, bilden CSU, FDP und GB/BHE eine Regierung, der Landtag wählt Seidel mit 110 zu 89 Stimmen, die für Hoegner abgegeben werden, zum neuen Bayerischen Ministerpräsidenten.

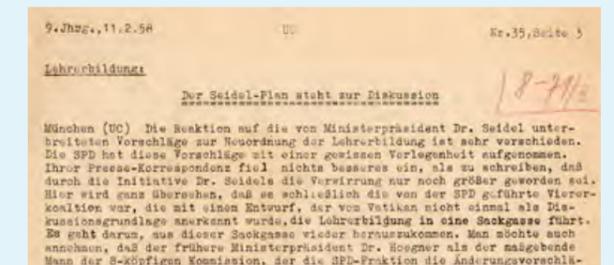


Diensausweis für den Ministerpräsidenten (ACSP, NL Seidel Hanns: 93)

Die „CSU-Correspondenz“ der CSU-Landtagsfraktion charakterisierte am gleichen Tag den zukünftigen Regierungschef: „Dr. Hanns Seidel ist weder der Vertreter einer bestimmten Interessengruppe noch bloßer Parteipolitiker noch sturer Koalitionsfanatiker. Nicht parteipolitische Winkelzüge, sondern meßbare sachliche Erfolge kennzeichnen seine bisherige politische Laufbahn... Seine Parole heißt Maßhalten, nicht Mittelmäßigkeit. Äußerlicher Glanz wird dem neuen Ministerpräsidenten kein Bedürfnis sein. Bayerns neuer Ministerpräsident ist ein Mann, der den nötigen Ausgleich sucht und nicht den unnötigen Kampf.“

5. November 1957

Seidel stellt sein Regierungsprogramm vor, das den Abschluss der Lehrerbildungsreform, die Bekämpfung der Schulraumnot, die Stärkung der bayerischen Wirtschaft und das Plädoyer für einen „zeitoffenen Föderalismus“ beinhaltet. Bei seiner ersten Regierungserklärung erleidet er einen Schwächeanfall.



Der Seidel-Plan zur Lehrerbildungsreform (ACSP, Z-LTF CSU-Correspondenz 1958 Nr. 35 vom 11. 2. 1958 S. 3)

Dezember 1957

Der Bundesrat wählt Seidel zum Vorsitzenden seines neu konstituierten Europa-Ausschusses, des „Sonderausschusses für Fragen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone“.

► 1958

1. Februar 1958

Berufung als Mitglied des Kuratoriums der Katholischen Akademie in Bayern.

26. März 1958

Mit einer Regierungserklärung Seidels über die Haushaltssituation, in der er die Ziele seines Kabinetts mit den finanziellen Möglichkeiten in Beziehung setzt, zieht ein neuer Stil in die bayerische Regierungsarbeit ein. Stärker als seine Vorgänger bringt Seidel die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten zur Geltung.

2. Juni 1958

Mit einem neuen einstimmig verabschiedeten Gesetz enden die elfjährigen Ausein-

andersetzungen um die Reform der Lehrerbildung an Volksschulen, die in Bayern seit langem konfessionell gebunden war. Nach schwierigen Verhandlungen mit der katholischen Kirche kann diese Bindung auf bestimmte Grundsatzfächer reduziert und der Weg für sieben staatliche Pädagogische Hochschulen freigelegt werden.



Urkunde zur Verleihung des Großkreuzes des Ordens des Heiligen Gregor des Großen durch Papst Johannes XXIII. am 1. 7. 1960 an Seidel für seine Verdienste um die Lehrerbildungsreform (ACSP, NL Seidel Hanns: 90)



Die Staatsminister bei einer Fernsehsendung, von links Kultusminister Theodor Maunz (parteilos), Innenminister Alfons Goppel, Finanzminister Rudolf Eberhard, Ministerpräsident Hanns Seidel, der Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks Walter von Cube, Justizminister Albrecht Haas (FDP), Wirtschaftsminister Otto Schedl, Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer, Arbeitsminister Walter Stain (GB/BHE) [1958] (ACSP, NL Seidel Hanns: 64/2)

14. Juni 1958

An der Spitze der Staatsregierung nimmt Seidel an den Festlichkeiten zur 800-Jahr-Feier der Stadt München teil. Das Jubiläum bildet einen willkommenen Anlass, um der internationalen Öffentlichkeit die Fortschritte des Wiederaufbaus in Bayern zu demonstrieren.

17. Juni 1958

Seidel hält im Deutschen Bundestag die offizielle Rede zum Gedenken an den Volksaufstand in der DDR fünf Jahre zuvor.

6. Juli 1958

Bei einem Autounfall wird Seidel an der Wirbelsäule verletzt, er leitet die Regierungsgeschäfte für annähernd drei Monate vom Krankenbett aus.

16./17. Oktober 1958

Auf der Jahreskonferenz der deutschen Ministerpräsidenten in Koblenz macht sich Seidel zum Wortführer des Widerstandes der Länder gegen das Eindringen des Bundes in ihre Rundfunkhoheit und insbesondere gegen die geplante Ausstrahlung eines zweiten Fernsehprogramms in Bundeskompetenz.

23. November 1958

Die Bevölkerung honoriert Seidels Kompetenz und ausgleichende Art und beschert der CSU bei der Landtagswahl 1958 mit 45,6% der Stimmen ein um 7% verbessertes Ergebnis.

9. Dezember 1958

Mit 120 von 193 Stimmen wählt der Bayerische Landtag Seidel erneut zum Ministerpräsidenten, die Koalitionsregierung aus CSU, FDP und GB/BHE wird fortgesetzt. Das Arbeitsprogramm seines kaum veränderten zweiten Kabinetts konzentriert sich darauf, die Wirtschafts- und damit die Finanzkraft des Landes mit allen Mitteln zu fördern und zu heben.

► 1959

15. Januar 1959

In seiner Regierungserklärung rückt Seidel die Förderung der bayerischen Industrie und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den Mittelpunkt seines Regierungsprogramms für die nächsten Jahre.



Gespanntes Warten auf die Stimmenauszählung am Wahlabend in der CSU-Landesleitung: Mitarbeiter der Landesleitung mit Generalsekretär Fritz Zimmermann und dem Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Hanns Seidel (ACSP, NL Seidel Hanns: 60/1)



Karikatur vom 15. 11. 1958 „Große bayerische Regierungskunst“ (ACSP, NL Kolfhaus Herbert 1958: 11/9)

21.–24. Januar 1959

Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg besucht der Bayerische Ministerpräsident die Republik Österreich. Der einzige offizielle Staatsbesuch Seidels gilt den europäischen Infrastrukturprojekten Rhein-Main-Donau-Kanal und dem Bau des Brenner-Basis-Tunnels.

13. Juni 1959

Letzter großer öffentlicher Auftritt auf der Landesversammlung der CSU in München: Die Delegierten wählen ihn erneut mit großer Mehrheit (95,9 %) zum Parteivorsitzenden.



Bericht über den Besuch Seidels in der Wiener Zeitung vom 23.1.1959 (ACSP, NL Seidel Hanns: 44)

7. Juli/ 8. August 1959

Im „Spielbankenprozess“ vor dem Landgericht München I werden unter anderem die ehemaligen Staatsminister Josef Baumgartner und August Geiselhöringer wegen Meineids zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Urteil bedeutet das Ende der Rolle der Bayernpartei als ernst zu nehmende landespolitische Konkurrentin der CSU.

12. August 1959

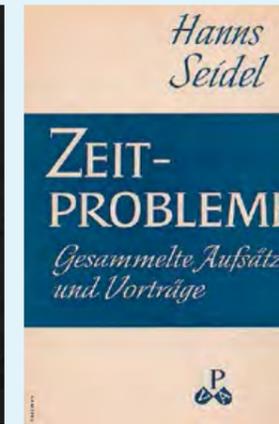
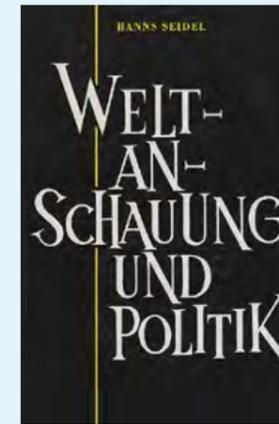
Bei der feierlichen Eröffnung des Evangelischen Kirchentages auf dem Münchner Königsplatz erscheint Seidel letztmals vor einer großen Öffentlichkeit.

► 1960

22. Januar 1960

Schon Anfang Oktober 1959 muss er sich wieder in Behandlung begeben. Die Geschäfte überträgt er seinem Stellvertreter, Finanzminister Rudolf Eberhard. Als ihm seine Ärzte im Januar 1960 keinen Genesungszeitpunkt für seine Krankheit nennen können, erklärt er seinen Rücktritt vom Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten. Als Nachfolger empfiehlt er Hans Ehard, der am 26. 1. 1960 gewählt wird.

Die durch die Krankheit erzwungene Ruhepause ermöglicht es Seidel, seine grundsätzlichen Überlegungen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen in Form von drei Büchern zu publizieren: „Weltanschauung und Politik“ (München 1960) dient der Orientierung für CSU-Wähler, „Zeitprobleme“ (Aschaffenburg 1960)



Titelseiten seiner Bücher „Weltanschauung und Politik“, „Zeitprobleme“ und „Vom Mythos der öffentlichen Meinung“

enthält Aufsätze und Vorträge zu unterschiedlichen Themenbereichen und „Vom Mythos der öffentlichen Meinung“ (Aschaffenburg 1961) setzt sich mit der Rolle der Massenmedien in der demokratischen Gesellschaft auseinander.

► 1961

20. Februar 1961

Rücktritt vom Amt des Landesvorsitzenden der CSU. Ein außerordentlicher Parteitag wählt am 18. 3. 1961 den von Seidel vorgeschlagenen Franz Josef Strauß zum Nachfolger, der dieses Amt bis zu seinem Tod am 3. 10. 1988 innehat.



Brief des Bundesinnenministers Gerhard Schröder (CDU) an Seidel zu dessen Rücktritt als CSU-Vorsitzender vom 22. 2. 1961 (ACSP, NL Seidel Hanns: 100)

5. August 1961

Durch das lange Ringen mit seiner Krankheit geschwächt, stirbt Seidel in einer Münchner Klinik an den Folgen einer akuten Lungenentzündung.

9. August 1961

Beisetzung auf dem Münchner Westfriedhof im Rahmen eines Staatsakts und Gedenksitzung des Ministerrats.



Todesanzeige der CSU (ACSP, NL Seidel Hanns: 76)



EHARD, DER KAVALIER AM STEUER
"Sowas ist halt Christpflicht, - man kann die ja nicht einfach stehen lassen und vorbeibrausen!"

Karikatur vom 26.1.1960 zum erneuten Amtsantritt Hans Ehards als Ministerpräsident (ACSP, NL Kolthaus Herbert 1960: 1/29)



Staatsbegräbnis am 9.8.1961 (Foto Keystone)

► 1964–1967 Gründung der Hanns-Seidel-Stiftung

Die Planungen innerhalb der CSU, eine eigene Einrichtung für politische Bildung zu schaffen, beginnen im Jahr 1964. Die anderen Parteien im Bundestag verfügen zu diesem Zeitpunkt bereits über vergleichbare Einrichtungen. Im April 1965 beschließt der CSU-Landesvorstand die Gründung der Hanns-Seidel-Stiftung und benennt sie nach dem ehemaligen CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten. Am 7.11.1966 gründen 21 der CSU nahestehende Personen in München die Stiftung. Der Eintrag ins Vereinsregister erfolgt am 11.4.1967. Zum ersten Vorsitzenden wird der Bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Fritz Pirkl, gewählt.

Logo der
Hanns-Seidel-
Stiftung



► Benennung von Plätzen, Straßen, Schulen

8. Januar 1966

Taufe des Motorgüterschiffs „Hanns Seidel“



Das Motorgüterschiff „Hanns Seidel“ (Foto ACSP, NL Seidel Hanns: 53)

Eine nächste Frage für uns war gewesen die Frage eines Namens, nicht nur des Namens, sondern der Namen, die wir geben sollten. Es steht ja in unseren Kreisen seit langem der Name "Hanns-Seidel-Stiftung", "Hanns-Seidel-Bildungswerk", "Hanns-Seidel Haus" usw. im Raum. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte und bitte Sie recht herzlich daß ich nicht gescholten werde, wenn ich hier zumindest einige Überlegungen nach unserer Seite hin vortrage. Unser Freund Hanns Seidel verdient - und darüber brauche ich hier nichts zu sagen - unsere Verehrung in einem ganz besonderen Maß, und darüber sind wir uns alle miteinander im klaren. Aber ich glaube, es ist nicht ganz gut, wenn wir bei unseren Bildungseinrichtungen diesen Namen "Hanns Seidel" praktisch als geballte Ladung verwenden und "Hanns-Seidel-Haus", "Hanns-Seidel-Stiftung", "Hanns-Seidel-Werk" und Ähnliches machen. Uns scheint am zweckmäßigsten, den Namen "Hanns Seidel" für den Träger der gesamten Bildungseinrichtung zu verwenden, also den eingetragenen Verein mit dem Namen "Hanns Seidel" zu verwenden, den Träger der gesamten Bildungseinrichtungen als "Hanns-Seidel-Stiftung e.V.", unterhalb dieses Trägers dann die einzelnen Säulen aber mit Sachnamen zu belegen. Freilich, Sachnamen wirken manchmal etwas fremd und nicht so zugkräftig, als wenn man eine Einrichtung unmittelbar mit dem Namen einer faszinierenden, einer überragenden Persön-

Auszug aus dem Landesvorstandsprotokoll der CSU vom 9. 4. 1965 (ACSP, Vorstand 19650409)

1968

Benennung einer Straße in Aschaffenburg, Stadtteil Leider, nach Hanns Seidel

1970

Das Senioren- und Pflegeheim „Hanns-Seidel-Haus“ in Ottobrunn wird eröffnet.

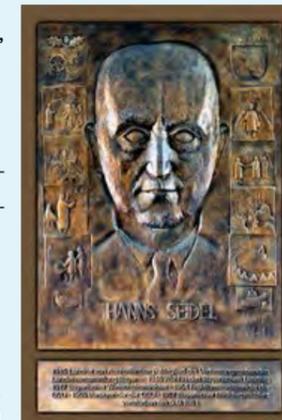


Ansichtskarte Anfang der 1970er Jahre (ACSP, NL Seidel Hanns: 53)

19. Juli 1971

Beschluss des Kreistages, das neue Schulzentrum in Hösbach nach Hanns Seidel zu benennen: Am 6. 7. 1976 wird das Hanns-Seidel-Gymnasium in Hösbach eingeweiht, dort 1984 eine Bronzetafel mit dem Porträt Seidels angebracht.

Bronzetafel
(Foto Claus-Peter Horn)



Hanns-Seidel-Gymnasium in Hösbach (Foto Claus-Peter Horn)

19. September 1973

Benennung des Hanns-Seidel-Platzes in München: Der Münchner Stadtrat folgt einem Antrag des Bezirksausschusses Neuperlach vom 15. 6. 1973 und beschließt, die „Straße U 917, [...] welche sich zu einem Platz erweitert“, Hanns Seidel zu widmen. Bereits am 28. 9. 1968 hatte sich der Ältestenrat dafür ausgesprochen, die Verkehrsflächen in dem Neubauviertel in Neuperlach nach verdienten zeitgenössischen Politikern zu benennen.



(Foto Andreas Bitterhof/ACSP)

1970–1977

Die Hochhäuser der sog. „Neustadt“ in der Studentenstadt München-Freimann werden errichtet, das größte Gebäude nach Hanns Seidel benannt. Die erste Bauetappe für diese größte Studentensiedlung Deutschlands war bereits 1960–1968 erfolgt, Ministerpräsident Seidel hatte dafür noch die nötige Fläche zur Verfügung gestellt. Einige der insgesamt 14 von Ernst Maria Lang (Architekturgemeinschaft Lang und Pogadl) erbauten Häuser tragen die Namen von Unterstützern des Baus.



Seidel-Haus in der Studentenstadt Freimann
(Foto Wikipedia/Church of emacs)

20. Juli 1983

Der Gemeinderat in Germering widmet Hanns Seidel eine Straße.

► 18./19. Juli 1986

Die Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltet anlässlich des 25. Todestages von Hanns Seidel ein mit Wissenschaftlern und Politikern besetztes Symposium in Wildbad Kreuth.



Titelseite des Tagungsbandes

Titelseite des Bandes zum 100. Geburtstag 2001



► 1992

Die Dissertation von Hans Ferdinand Groß „Hanns Seidel 1901–1961. Eine politische Biographie“ erscheint als erster Band in der neu geschaffenen Publikationsreihe „Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte (UQZ)“ der Hanns-Seidel-Stiftung.

► 11. Oktober 2001

Feier seines 100. Geburtstages mit dem CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber in den Räumen der Hanns-Seidel-Stiftung München.

► 5. August 2011

50. Todestag Hanns Seidels

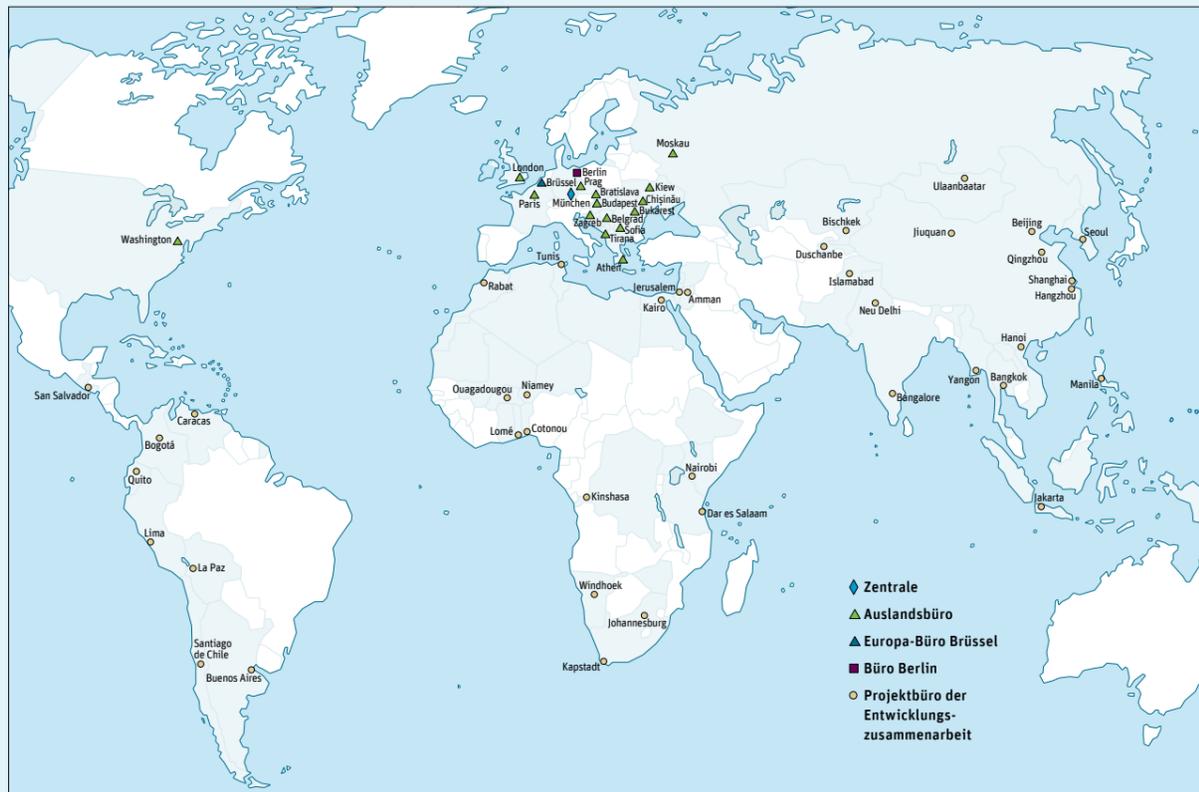
► 13. September 2013

Enthüllung einer Gedenktafel am Geburtshaus in Aschaffenburg-Schweinheim

► Hanns Seidel weltweit

Die nach ihm benannte Stiftung trägt seinen Namen weltweit in über 70 Länder.

DIE HANNS-SEIDEL-STIFTUNG UND IHRE AUSLANDSBÜROS



Weltkarte der Hanns-Seidel-Stiftung von 2021

Veröffentlichungen Hanns Seidels (Auswahl)

zusammengestellt von Stephan Deutinger

Der Nachlass Hanns Seidels befindet sich im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

– Die Bedeutung der Ausschließung des Richters in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Diss. Würzburg 1929.

– Wirtschaftspolitik und soziale Ethik. München 1952.

– Die Wirtschaft Bayerns nach dem 2. Weltkrieg. In: Politisches Jahrbuch der CSU. 1. Jahrgang 1954, S. 119–125.

– Die Funktion der Opposition im parlamentarischen System. In: Politische Studien. 6. Jahrgang 1955, Heft 66, S. 24–35.

– Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans Ehard. München 1957.

– Die deutsche Bundesrepublik und der Föderalismus. In: Bayerische Verwaltungsblätter, Neue Folge. 4. Jahrgang 1958, S. 193–197.

– Die Straße als Element des europäischen Zusammenschlusses. In: Internationales Archiv für Verkehrswesen. 10. Jahrgang 1958, Heft 9/10, S. 177–184.

– Die Wiedervereinigung als zentrale Aufgabe der deutschen Politik. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1958, Nr. 107, S. 1093–1097.

– Die deutsche Aufgabe Bayerns. Freiheitliches Geistesleben und staatliche Ordnung. München 1958.

– Die Grundlagen der CSU-Politik in Bayern. In: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU. 4. Jahrgang 1960, S. 11–17.

– Weltanschauung und Politik. Ein Beitrag zum Verständnis der Christlich-Sozialen Union in Bayern. München 1960.

– Zeitprobleme. Aschaffenburg 1961.

– Vom Mythos der öffentlichen Meinung. Aschaffenburg 1961.

Ausgewählte Literatur zu Leben und Wirken Hanns Seidels

- Baer, Fritz: Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. Dokumentation und Analyse (Beihefte zur Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 3). München 1971.
- Bayer, Alfred/Baumgärtel, Manfred (Hrsg.): Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag. Sonderausgabe der Politischen Studien. München 2001.
- Brüggemann, Claus/Höpfinger, Renate: Ministerpräsident Hanns Seidel. In: „Das schönste Amt der Welt“. Die Bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993 (Staatliche Archive Bayerns, Kleine Ausstellungen 13). München 1999, S. 99–115.
- Deutinger, Stephan: Hanns Seidel (1901–1961). In: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Band 11. Münster 2004, S. 160–174.
- Fait, Barbara: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassungsgebung in Bayern 1946 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 114). Düsseldorf 1998.
- Gelberg, Karl-Ulrich: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978). In: Max Spindler, Handbuch der bayerischen Geschichte. Band IV/1, hrsg. von Alois Schmid. München 2003, S. 635–956.
- Groß, Hans Ferdinand: Hanns Seidel 1901–1961. Eine politische Biographie (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 1). München 1992.
- Hanns Seidel – „Ein Leben für Bayern“ (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung 35). München 1987.
- Hanns Seidel und die Stiftung. Politische Studien, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung. Sonderheft 1/1977.
- Höpfinger, Renate (Hrsg.): Bayerische Lebensbilder 1. Biografien, Erinnerungen, Zeugnisse. Otto Seeling – Richard Jaeger – Hanns Seidel – Jochen Wilke. München 2002.
- Lanzinner, Maximilian: Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958. Regensburg 1996.
- Mintzel, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 26). Opladen 1975.
- Pflaumer, Hans: Hanns Seidel. In: Christliche Demokraten der ersten Stunde, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1966, S. 331–361.
- Pollnick, Carsten: Die Entwicklung des Nationalsozialismus und Antisemitismus in Aschaffenburg 1919–1933 (Veröffentlichungen des Geschichts- und Kunstvereins Aschaffenburg 23). Aschaffenburg 1984.
- Schickel, Alfred: Dr. Hanns Seidel. Ein Leben im Dienste des Volkes (Veröffentlichungen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt 3). Ingolstadt 1982.
- Schlemmer, Thomas: Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945–1955 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 41). München 1998.
- Stadtmüller, Georg: Hanns Seidel (Die Bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit 4). München 1964.
- Wolf, Konstanze: CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960. Köln 1984.

Foto-Feature „Leben und Wirken von Hanns Seidel“ unter www.hss.de/ueber-uns/hanns-seidel

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-606-6
Herausgeber	Copyright 2021, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München Tel. +49 (0)89 12 58-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Leiterin des Archivs für Christlich-Soziale Politik	Dr. Renate Höpfinger
Leiterin Kommunikation	Susanne Hornberger
Konzeption, Redaktion	Dr. Renate Höpfinger (V.i.S.d.P.)
Gestaltung, Satz, Layout	formidee designbüro, München
Umschlaggestaltung	Stefan Josef Bittl
Druck	Druckerei Joh. Walch, Augsburg
Bildnachweis	Der Bildnachweis wurde bei den einzelnen Abbildungen vermerkt. Titelfoto Hanns Seidel: Ernst Grossar (Privatbesitz Familie Seidel)

Die Broschüre „Hanns Seidel – Aufbruch in eine neue Zeit“ wurde im Jahr 2011 zum 50. Todestags des Namensgebers unserer Stiftung aufgelegt und erscheint nun zum 60. Todestag und 120. Geburtstag im Jahr 2021 in einer aktualisierten Fassung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)
Lazarettstraße 33 | 80636 München
E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de

BNr. 0212-2110

Mehr Informationen über Hanns Seidel unter
www.hss.de/ueber-uns/hanns-seidel